

# Bürgerengagement und demografischer Wandel

Christiane Dienel

- Der demografische Wandel hat zu einem Bedrohungsdiskurs geführt, in dem Bürgerengagement nicht mehr als Weg zu mehr Demokratie gesehen wird, sondern als unverzichtbarer Notnagel zur Aufrechterhaltung sozialstaatlicher Strukturen.
- Die Alterung der Gesellschaft, Geburtenrückgang und Abwanderung aus strukturschwachen Regionen verringern das Engagementpotential der Bevölkerung. Dieser Schwund wird nicht automatisch durch höhere Engagementbereitschaft der „jungen Alten“ ausgeglichen.
- Kinder und Jugendliche sind zwar engagementinteressiert, aber stehen unter hohem Erfolgsdruck in der Schule und bei der Berufseinmündung. Strukturelle Veränderungen (Ganztagschule, Abitur nach zwölf Jahren) verringern die Freiräume für Engagement. Ein Ausweg könnte sein, Engagement stärker in die beruflichen und schulischen Leistungskriterien einzupassen.
- Prekäre Arbeitsverhältnisse verzögern die berufliche und familiäre Etablierung der Erwachsenen und vermindern damit die Potentiale an langfristigem, verbindlichem Engagement. Der durch Kinder ausgelöste Engagementschub kommt biografisch spät oder entfällt – bei Kinderlosigkeit – ganz. Familienpolitische Maßnahmen können deshalb engagementfördernd wirken.
- Die Neudefinition eines Altersbilds vom bürgerschaftlich engagierten Senior ist in vollem Gange. Gerade neue, seniorentypische Engagementformen erleben einen Boom. Gleichwohl wachsen auch die sozialen Ungleichheiten in den Gruppe der Älteren. Deshalb muss Engagementförderung für Ältere auch Fragen von Zuverdienst und Aufwandsentschädigung berücksichtigen.
- Auch wenn Bürgerengagement als Ergänzung des Sozialstaats in der alternden Gesellschaft oft beschworen wird, spielt es im wichtigen Gesundheitssektor nur eine marginale Rolle und wird durch die Professionalisierung des Pflegesektors bedroht. Pflegestützpunkte und die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs können den Raum für freiwilliges Engagement in der Pflege weiten.

- **Bürgerschaftliches Engagement ist in ländlichen Räumen einer der wichtigsten Haltefaktoren gegen Abwanderung. Doch verfügen gerade die am meisten von Abwanderung bedrohten Regionen über die geringsten Engagementpotentiale.**
- **Deutschland ist auf Menschen mit Migrationshintergrund dringend angewiesen. Für sie ist Engagement, auch in herkunftslandorientierten Organisationen, eine der wichtigsten Türen zur erfolgreichen Integration.**
- **In einer alternden Gesellschaft hat eine immer größere Gruppe von Älteren keinen Zugang mehr zum zentralen gesellschaftlichen Integrationsinstrument Arbeitsmarkt. Sie braucht Bürgerengagement als wichtigstes alternatives Werkzeug der Teilhabe und Sinnstiftung.**

Die öffentliche Diskussion über Bürgerengagement hat in den Jahren seit der Enquete-Kommission des 14. Bundestages zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ eine deutliche inhaltliche Wendung genommen. 1992 weckte Bürgerengagement vorrangig **Hoffnungen auf eine bessere, demokratischere Gesellschaft, selbstbestimmtere, selbstbewusstere Formen einer Politik von unten**<sup>1</sup>. Diese optimistische Diskussionslinie hat in den letzten Jahren ihre Richtung geändert. Unter dem Eindruck des demografischen Wandels entstand ein Bedrohungsdiskurs. Die Möglichkeit, den (Sozial-)Staat in seiner gegenwärtigen Ausprägung auch in der nächsten und übernächsten Generation aufrechtzuerhalten, erscheint mehr und mehr zweifelhaft. Ist bürgerschaftliches Engagement ein attraktiver Ausweg aus diesem Dilemma?

Der folgenden Überlegungen wollen diese Hoffnung nicht trüben, aber differenzieren. Es soll gefragt werden, ob demografischer Wandel und Engagement wirklich das *dream team* sind, als das sie gern präsentiert werden. Und es soll aufgezeigt werden, welche konkreten Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement notwendig sind, damit – in der Tat – die Zivilgesellschaft zu einem zentralen Akteur im demografischen Wandel wird.<sup>2</sup>

Im ersten Teil dieser Studie wird untersucht, **welche Auswirkungen der demografische Wandel auf das Engagement-Potential hat**, welche Altersgruppen unter welchen Bedingungen zukünftig für ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung stehen, und zwar getrennt nach den drei Gruppen Kinder und Jugendliche, Erwachsene im Erwerbsalter und Senioren. Im zweiten Teil werden vier mögliche Funktionen des Bürgerengagements im demografischen Wandel kritisch analysiert:

- **Bürgerengagement als Ergänzung des Sozialstaats in der alternden Gesellschaft**
- **Bürgerengagement als Haltefaktor gegen Abwanderung**
- **Bürgerengagement als Integrationschance für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte**
- **Bürgerengagement als Antwort auf die Sinnfrage im dritten Lebensalter**

Insbesondere der erste Punkt wurde immer schon kontrovers diskutiert. Wenn in Zeiten der Alterung der Bevölkerung und der ökonomischen Krisen von einer höheren Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger oder von der Umgestaltung des Sozialstaats die Rede ist, liegt der Verdacht nahe, dass Zivilgesellschaft und bür-

gerschaftliches Engagement die Lücken füllen sollen.<sup>3</sup>

Der räumliche Charakter des demografischen Wandels offenbart sich vor allem an der Verteilung der Menschen im Raum. Sie ändert sich durch Wanderungsbewegungen, sowohl Binnenwanderung als auch transnationale Migration. Der zweite Punkt – Engagement als Haltefaktor – erwies sich als eines der zentralen Ergebnisse von Studien zur Abwanderung junger Menschen aus Ostdeutschland. Der dritte Punkt – Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund – ist ebenso Folge des demografi-

schen Wandels. Noch haben Familien mit Zuwanderungsgeschichte geringfügig mehr Kinder als die ethnisch Deutschen, noch ist der Altersdurchschnitt der migrantischen Bevölkerung geringer. Dadurch wird sich der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den nächsten Jahrzehnten rasch vergrößern, und die Frage wird immer dringlicher, wie sie in der deutschen Bürgergesellschaft eine Heimat finden können.

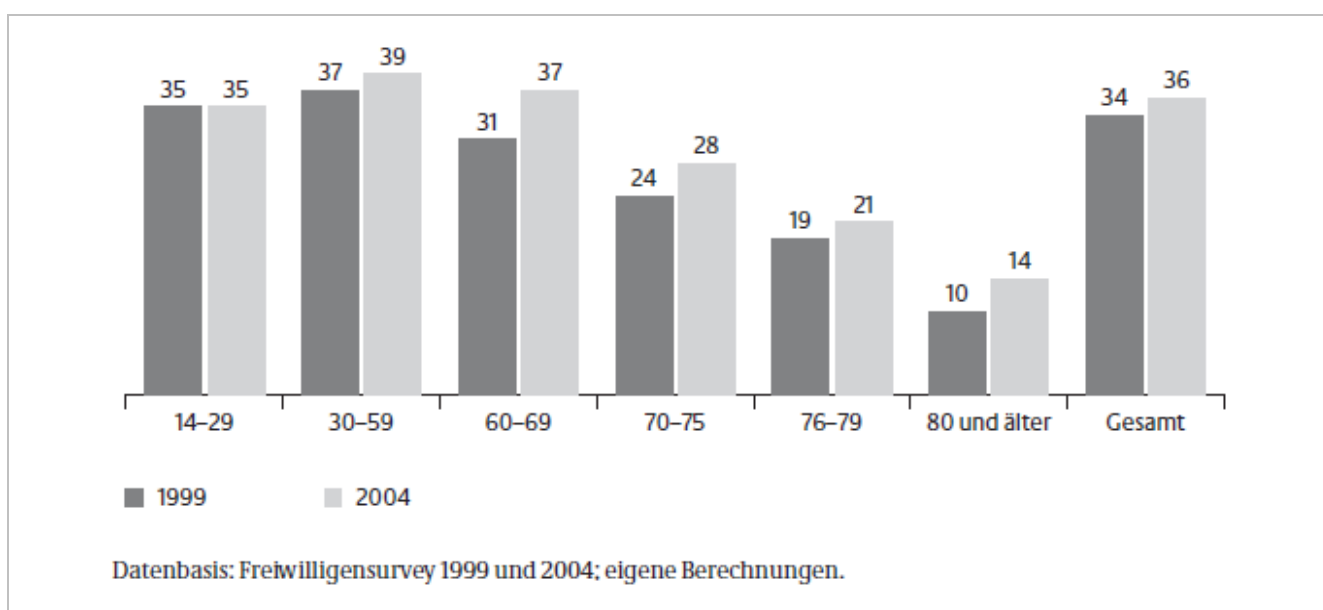
Der letzte Punkt schließlich – Sinnstiftung im dritten Lebensalter – berührt die zentrale Frage nach der Funktionsfähigkeit der Integrationsmechanismen unserer Gesellschaft.

## 1. Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Engagement-Potential

Unsere Gesellschaft altert schnell, vor allem im Osten Deutschlands. Wir werden, so ein beliebtes Schlagwort, weniger, älter, bunter. Was bedeutet das für die zukünftige Gesellschaft?

Wenn man der öffentlichen Diskussion zum Methusalem-Komplex und zukünftigen Brachfallen ostdeutscher Dörfer glaubt, nichts Gutes. Zweifellos stellt der demografische Wandel zunächst

Abbildung 1: Engagementquoten nach Altersgruppen, 1999 und 2004 (in %)



Quelle: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 39.

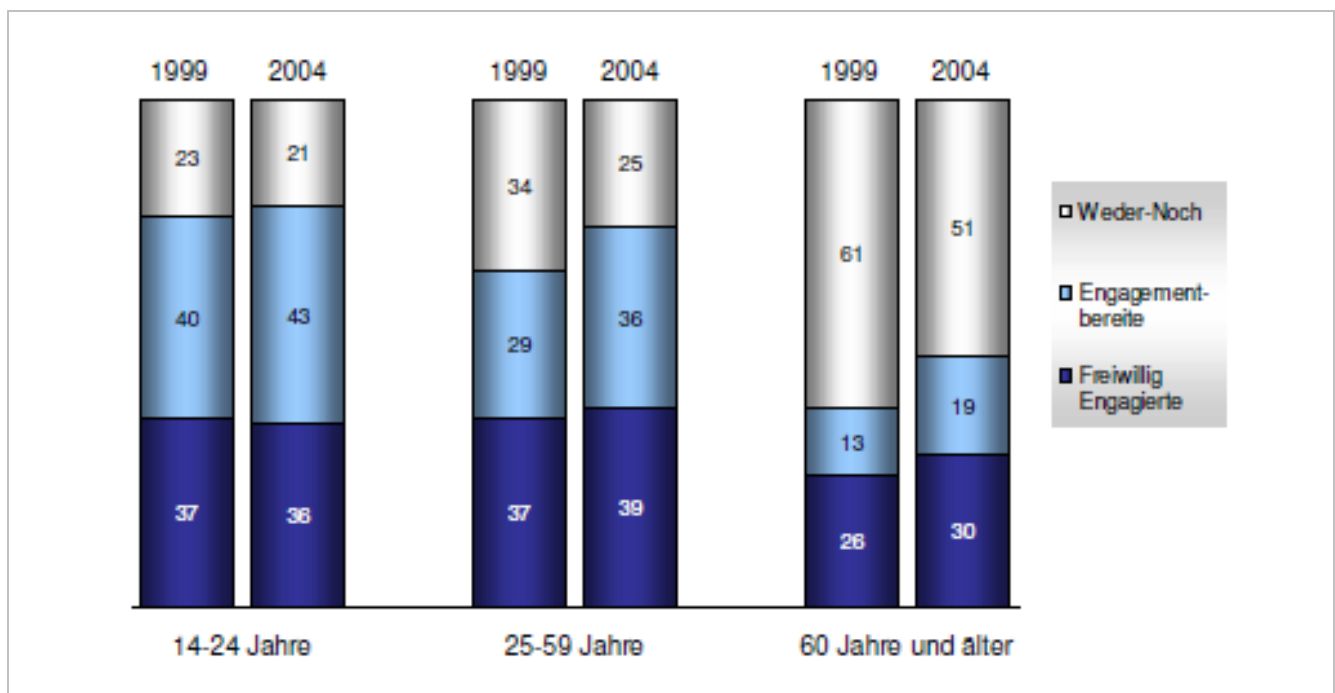
einmal eine komplexe Aufgabe, denn die Baby-boomer der 1950-er und 1960-er Jahre sind die Rentner und Rentnerinnen ab etwa 2015. Ihnen steht eine immer schmäler werdende Basis an Menschen im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Allerdings gehen diese Prozesse im Durchschnitt der Bundesrepublik doch so langsam voran, dass sozialpolitische Verwerfungen abgefedert werden können. Im Osten der Republik vollzieht sich der Wandel aber sehr viel dramatischer.

Insgesamt ist kein Rückgang des freiwilligen Engagements zu verzeichnen,<sup>4</sup> vielmehr sind alle

Altersgruppen relativ ausgewogen beteiligt, wie die Abbildung 1 zeigt.

Im tatsächlichen Engagement unterscheiden sich die Altersgruppen wesentlich weniger als in der im Freiwilligen-Survey so genannten „Engagement-Bereitschaft“. Diese ist bei den Jugendlichen größer und bei den Senioren geringer ausgeprägt im Vergleich zur mittleren Altersgruppe. Zu fragen ist allerdings, ob sie überhaupt valide ist, denn angesichts zahlreicher Engagement-Möglichkeiten spiegeln diese Aussagen häufig nur gesellschaftliche Erwünschtheit des Engagements, nicht tatsächliche Handlungsneigungen.<sup>5</sup>

**Abbildung 2: Bereitschaft zum Engagement nach Alter  
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)**



Quelle: Gensicke/Picot/Geiss 2005, S. 213.

Das Potential für ehrenamtliches Engagement variiert jedoch nicht nur nach Altersgruppen, sondern auch nach Tätigkeitsfeldern. Männer und

Frauen weisen in vielen Bereichen ein im Lebenszyklus unterschiedliches Engagementverhalten auf, das in Tabelle 1 schematisch dargestellt ist<sup>6</sup>.

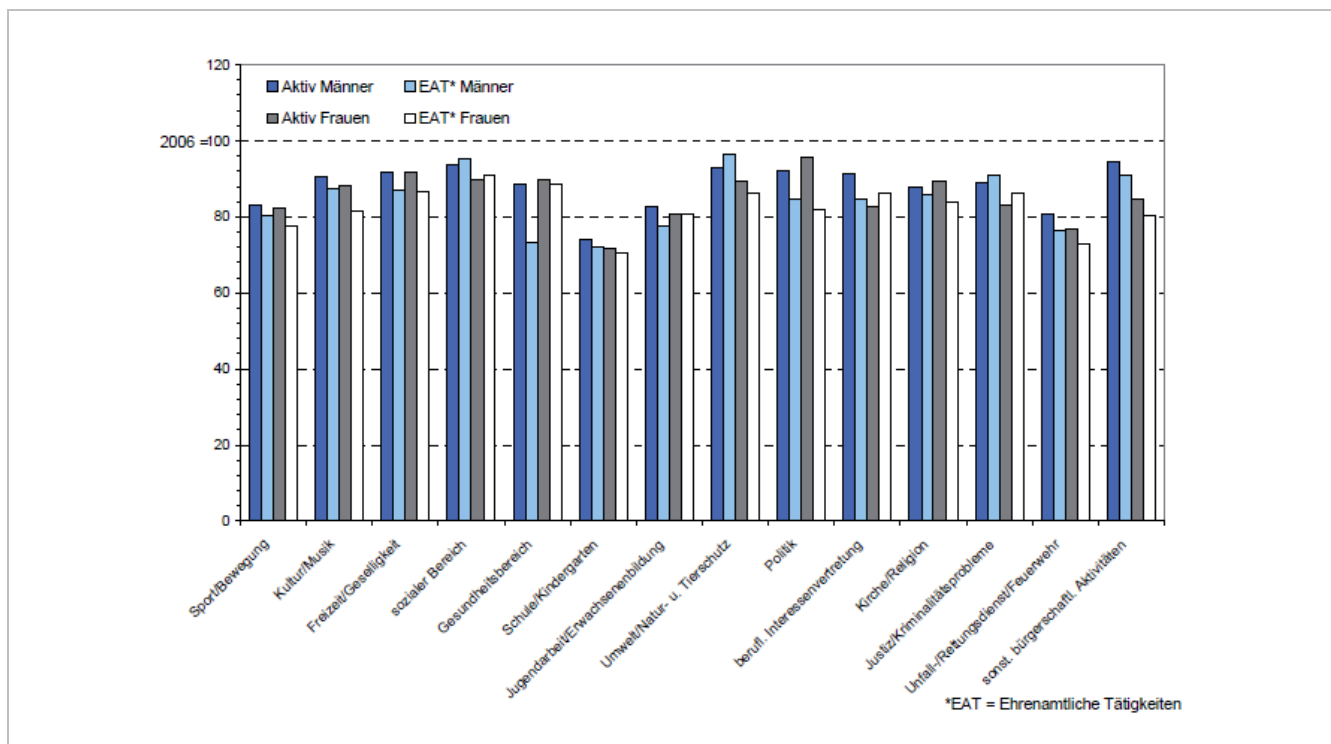
Tabelle 1

	Jugendalter	mittleres Erwachsenenalter	Senioren
Sport	hoch	sinkend	gering
Politik	gering	steigend	hoch
Soziales	gering	steigend	hoch
Kindergarten/Schule	hoch bei Schülern	hoch bei Eltern	gering
berufliche Interessenvertretung	gering	hoch	gering

Diese unterschiedlichen Engagementmuster sowie die Eckdaten der Bevölkerungsentwicklung und die Daten des Freiwilligensurveys 2004 hat eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungswissenschaften zu Modellrechnungen zusammengeführt, mit denen das Potential für freiwilliges Engagement bis 2050 abgeschätzt werden kann. Wenig überraschend ergibt sich

dabei in den meisten Bereichen ein tendenzieller Rückgang. Nur in wenigen Themenfeldern ist mit stabilen Verhältnissen oder einer leichten Zunahme zu rechnen: sozialer Bereich, Gesundheit, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung (bei Frauen), berufliche Interessenvertretung (bei Frauen), Justiz und Strafvollzug (bei Männern).

Abbildung 3: Veränderung des bürgerschaftlichen Engagements bis 2050 (2006 = 100)



Quelle: Mai/Swiaczny 2008, S. 46, Abbildung 13.

Gern wird argumentiert, dass die Alterung der Bevölkerung das Engagementpotential quasi automatisch wachsen lasse, weil die Mitwirkungs-chancen und -notwendigkeiten zunehmen. Der Blick auf die Zahlen zeigt, dass es hier keine Zwangsläufigkeit gibt. Nachfolgend soll deshalb differenzierter Engagementpotential und Lebenswirklichkeit von Jugendlichen, Erwachsenen im mittleren Alter und von Älteren skizziert werden.

### 1.1 Engagement von Kindern und Jugendlichen im demografischen Wandel

Gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen erscheint den anderen, den Älteren, in einer alternden Gesellschaft als hochgradig notwendig.<sup>7</sup> Sie gilt als pädagogisch wertvoll, lehre Verantwortung, könne gesellschaftliche Fehlentwicklungen wie etwa Gewalt oder Ausländerfeindlichkeit bekämpfen. Auch sei der damit verbundene Kompetenzaufbau sinnvoll im Blick auf die Übernahme zukünftiger Aufgaben und insbesondere auf die zukünftige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Ob solche utilitaristischen Argumentationen junge Menschen zur Partizipation bewegen können, muss gefragt werden. Mehr als in anderen Altersgruppen besteht bei Engagementangeboten für Kinder und Jugendliche immer die Gefahr, dass die Selbstbestimmtheit und der Eigenwille auf der Strecke bleiben. Dies ist vor allem in Kinder- und Jugendforen oder -parlamenten gut zu beobachten. **Spontanes, eigenwilliges, selbstbestimmtes Engagement von Jugendlichen passt sich selten so reibungslos in institutionalisierte Abläufe ein, es bleibt Störung, und es hat einen hohen Spaßfaktor. Insofern ist es nicht überraschend, dass Jugendliche zu mehr als der Hälfte unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Politik sind** und zu 68,5 Prozent der Aussage zustimmen: „Ich denke, Politiker nehmen

Jugendliche nicht wirklich ernst.“ Nimmt man die hinzu, die meinen, diese Aussage treffe teilweise zu, erhöht sich der Anteil sogar auf 90,1 Prozent. **Nur 9,9 Prozent fühlen sich von Politikern ernstgenommen.**<sup>8</sup>

**Die Engagementbereitschaft von Jugendlichen ist dagegen – das zeigen der Freiwilligen-Survey ebenso wie die Shell-Jugendstudien im Zeitverlauf – relativ stabil. Rund ein Drittel der Jugendlichen geben an, oft, und weitere 42% gelegentlich für soziale oder gesellschaftliche Zwecke aktiv zu sein.** Nur rund ein Viertel der Jugendlichen verneinen diese Frage. Dabei folgt die Engagementbereitschaft klar dem Bildungsniveau: Gymnasiasten und Studierende sind häufig aktiv, Hauptschüler seltener. Den häufigsten Rahmen für jugendliches Engagement bietet der Verein, meist der Sportverein (Zahlen von 2006: 40%), danach folgen Schule und Hochschule mit ihren Mitwirkungsmöglichkeiten (23%), Kirchengemeinde (15%), selbst organisiertes Projekt (11%), Jugendorganisationen (19%), Rettungsdienste und Feuerwehr (7%) sowie politische Organisationen und Initiativen im niedrigen einstelligen Bereich.<sup>9</sup>

Die hohe Wertorientierung von Jugendlichen, die sich in den Shell Studien immer wieder gezeigt hat, kann auch für die zukünftige Engagementbereitschaft optimistisch stimmen. Allerdings erreicht der Wert „sich politisch engagieren“ bei männlichen wie weiblichen Jugendlichen 2002 und 2006 nur einen hinteren Platz (3,1–3,3 auf einer 7er Skala von 1 = unwichtig bis 7 = außerordentlich wichtig), noch hinter „stolz sein auf die deutsche Geschichte“. Sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen zu helfen, erreicht bei weiblichen Jugendlichen immerhin 4,7 Rangpunkte (männliche Jugendliche: 4,4); aber keiner dieser Werte reicht an Freunde (6,7/6,5), Partner (6,6/6,3), Familie (6,1/5,9) und Kontakte zu anderen Menschen (5,8/5,6) heran.<sup>10</sup>

Schon bei Jugendlichen spielt also der Bildungsstatus für die Engagementbereitschaft eine ganz entscheidende Rolle.<sup>11</sup> Sozial benachteiligte Jugendliche engagieren sich deutlich weniger. Projekte, Initiativen und selbstorganisierte Gruppen spielen eine größere Rolle als bei den anderen Altersgruppen.<sup>12</sup> Trotz der stabilen Engagementbereitschaft zeichnet sich ein Trend ab, dass sich viele Jugendliche durch klassische regelmäßige Präsenz und Kontinuität erfordern- de ehrenamtliche Verpflichtungen überfordert fühlen. Denn sie stehen unter einem größeren schulischen Druck, zum Teil ausgelöst durch die allgemeine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre, stärker noch durch die konstante Bedrohung Arbeitslosigkeit. Eltern und die Jugendlichen selbst sehen schulische Leistungen als notwendiges Eintrittsbillet in den Arbeitsmarkt. Ein kleiner Teil der Jugendlichen verweigert sich zwar diesem Druck, doch die große Mehrheit, und zwar gerade diejenigen Jugendlichen, die für freiwilliges Engagement zu interessieren wären, identifizieren sich mit den Leistungsanforderungen ihrer Umwelt. Alles außerhalb der schulischen Sphäre gilt damit als sekundär und wird im Konfliktfall geopfert, das gilt für Sport und Musik ebenso wie für Feuerwehr, Rettungsdienst oder Bürgerinitiative.

**Insofern reicht es heute nicht mehr, allein kind- und jugendgerechte Partizipationsformen zu finden, die einen erlebnishaften, erfahrbaren Zugang zur Politik ermöglichen und die konkrete Alltags- und Lebenssituation aufgreifen, wie es der Bericht der Enquete-Kommission forderte.<sup>13</sup> Vor allem geht es darum, biografisch frühe Einstiege in Engagement auch angesichts von Ganztagschule, überfüllten Stundenplänen, schwierigem Zugang zu attraktiven Lehrstellen und hohem Numerus Clausus in vielen beliebten Studiengängen zu ermöglichen.**

Der demografische Wandel wird diese Situation in doppelter Weise beeinflussen. Vordergründig

entspannt sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt und womöglich später auch bei den Berufseinsteigern, weil junge Menschen rar und damit begehrt werden. Auf der anderen Seite werden gerade deshalb, weil es nur relativ wenige Kinder und Jugendliche gibt, schulische Standards und elterliche Erwartungen weiter nach oben geschraubt. Schon heute geht rund die Hälfte aller Kinder auf das Gymnasium.

Engagement-Biografien beginnen in der Mehrzahl früh. Dass Menschen Kindheit, Jugend, Berufseinstieg, Familiengründung und beruflichen Aufstieg engagementfrei hinter sich bringen, um dann als Frührentner oder fitte Senioren aktiv zu werden, kommt vor. Viel häufiger aber wurde Engagement im Elternhaus erfahren und in der eigenen Kindheit und Jugend bereits ausgeübt und zieht sich wie ein roter Faden durch den Lebenslauf. Dies ist eine Aufgabe für Eltern, Familien und alle Institutionen, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten. Vor allem aber müssen auch die Rahmenbedingungen überhaupt Raum für Engagement lassen. So betrachtet, ist die familienpolitisch wünschenswerte flächendeckende Einführung von Ganztagschulen ein erheblicher Rückschritt. Denn der freie Nachmittag beginnt für Kinder und Jugendliche häufig erst gegen 16.00 Uhr, Hausaufgaben müssen auch noch erledigt werden, und eine gelingende Entwicklungszeit braucht auch genügend Freiräume („chillen“).

Einen Ausweg bietet die stärkere Ausrichtung jugendlichen Engagements an den durch Schule und Eltern vertretenen Verhaltens-, Leistungs- und Karrierekriterien. So können z.B. Sekundarschulen, in denen ohnehin Integrationsarbeit oder Anti-Gewalt-Maßnahmen notwendig sind, diese Lernziele auch durch Engagement-Projekte verwirklichen. Realschulen in Baden-Württemberg realisieren dies im verpflichtenden „Themenorientierten Projekt Soziales Engagement“ und sind dafür schon mehrfach ausgezeichnet

worden. Bildungsorientierte Eltern mögen vom Wert bürgerschaftlichen Engagements leichter überzeugt werden, wenn damit konkrete Leistungsnachweise und Qualifikationsgewinne verbunden sind, z.B. JuLeiCa, Zertifikate über erworbene Fähigkeiten oder erste Einblicke in die Arbeitswelt, besonders wenn dadurch auch Vorteile bei der Vergabe von Ausbildungs- oder Studienplätzen entstehen. **Insgesamt ist die Bildungspolitik aufgerufen, in der Diskussion über Optimierung der Lernergebnisse den Wert der Freiräume nicht zu vergessen.**

## 1.2 Engagement der mittleren Generation im demografischen Wandel

Auf den Schultern der mittleren Generation von 30 bis 59 Jahren ruht nicht nur der überwiegende Teil der Verantwortung in Politik und Wirtschaft, sie ist auch die bürgerschaftlich aktivste Altersgruppe. Der demografische Wandel beeinflusst jedoch auch die Engagementmöglichkeiten dieses Teils der Gesellschaft. Zum einen wird der Status des voll Erwachsenen oft nur verzögert erreicht. Junge Menschen bleiben heute, oft aus ökonomischen Gründen, länger im Elternhaus wohnen oder sind von ihren Eltern finanziell abhängig. Entsprechend spät kommt es zu fester Partnerschaft, Heirat und Familiengründung, Menschen verbleiben bis zum 30. oder 35. Lebensjahr in einer Zwischenphase des verlängerten Jugendalters.

**Alle Formen des Ehrenamts brauchen auch verlässliche, zuverlässige und langfristige Mitarbeiter. Dazu sind aber Menschen häufig erst in der Lage, wenn sie sich beruflich und fami-**

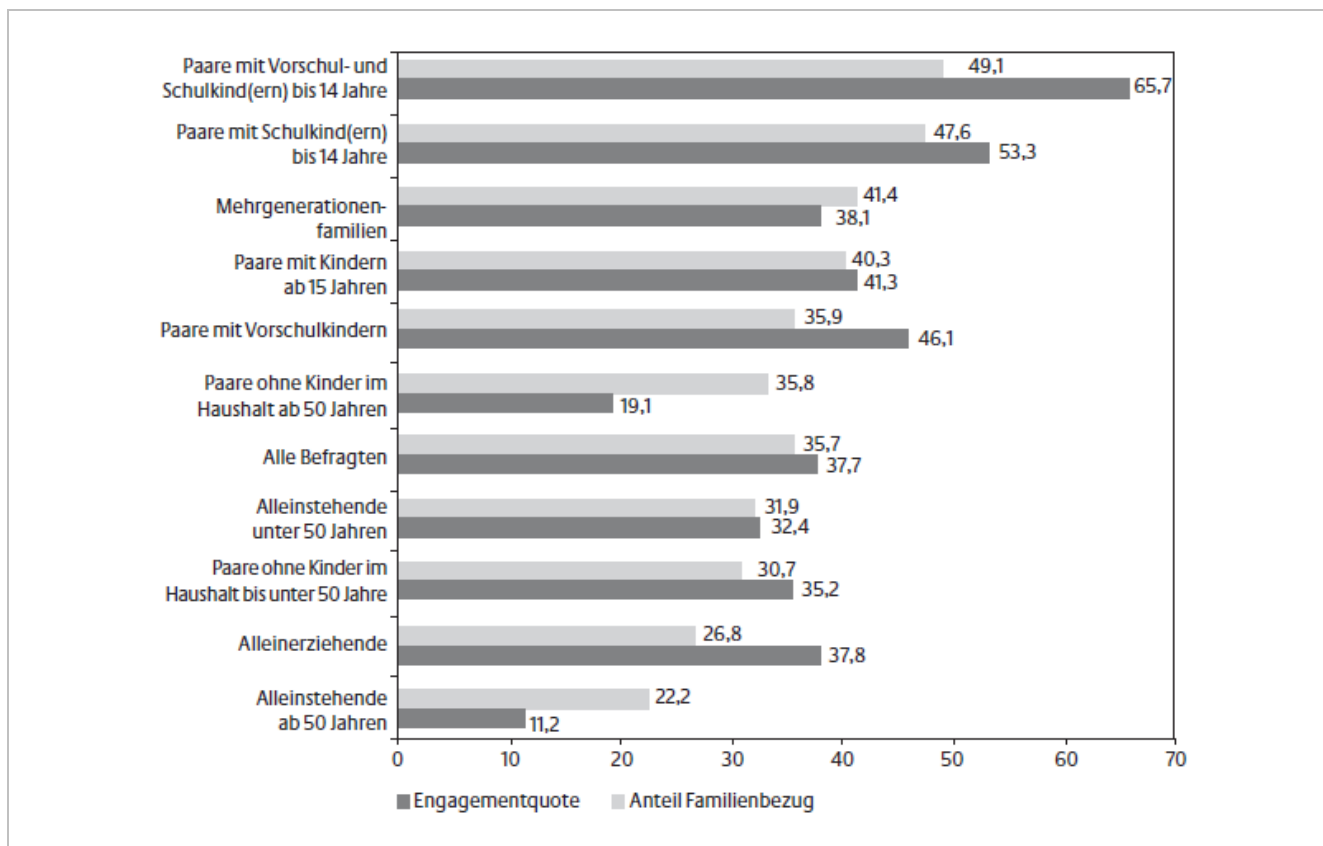
**liär etabliert haben. Die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere der befristeten Arbeitsverträge, ist insofern direkt engagementfeindlich, weil sie langfristige familiäre Bindung erschwert.** Insofern ist die wiederholt belegte Feststellung, dass kurzfristige, themen- und projektbezogene Formen des Engagements an Attraktivität zunehmen, vielleicht auch als Folge der verlängerten Jugendphase, prekären Beschäftigungssituation und zunehmenden Kinderlosigkeit zu deuten.

Demografischer Wandel bedeutet aber auch, dass sehr viele Menschen nicht nur spät Eltern werden, sondern lebenslang kinderlos bleiben. Damit schrumpft tendenziell die Engagementbereitschaft unserer Gesellschaft. Denn die Verantwortungsübernahme für eigene Kinder führt zu einem Engagement-Schub, weil erst durch diesen lebensgeschichtlich bedeutsamen Einschnitt das Bewusstsein dafür wächst, auch für die Zukunft der Gesellschaft persönlich mit verantwortlich zu sein und diese gestalten zu wollen. Die Abbildung 4 „Engagement in verschiedenen Lebensformen“ zeigt, dass **Kinderlose deutlich seltener ehrenamtlich aktiv** sind als Menschen mit Familienverantwortung.

**Das Engagement in der „rush hour“ des Lebens, einer oft durch Arbeit und Familie überfrachteten Phase, ist hoch. Je mehr Stunden Männer arbeiten, umso stärker sind sie auch ehrenamtlich aktiv. Bei Frauen mit Kindern ist es genau umgekehrt:** Je mehr Stunden sie außer Haus tätig sind, desto weniger betätigen sie sich in zivilgesellschaftlichen Kontexten, weil dann Familienzeit mit der Engagementzeit in Konkurrenz tritt.

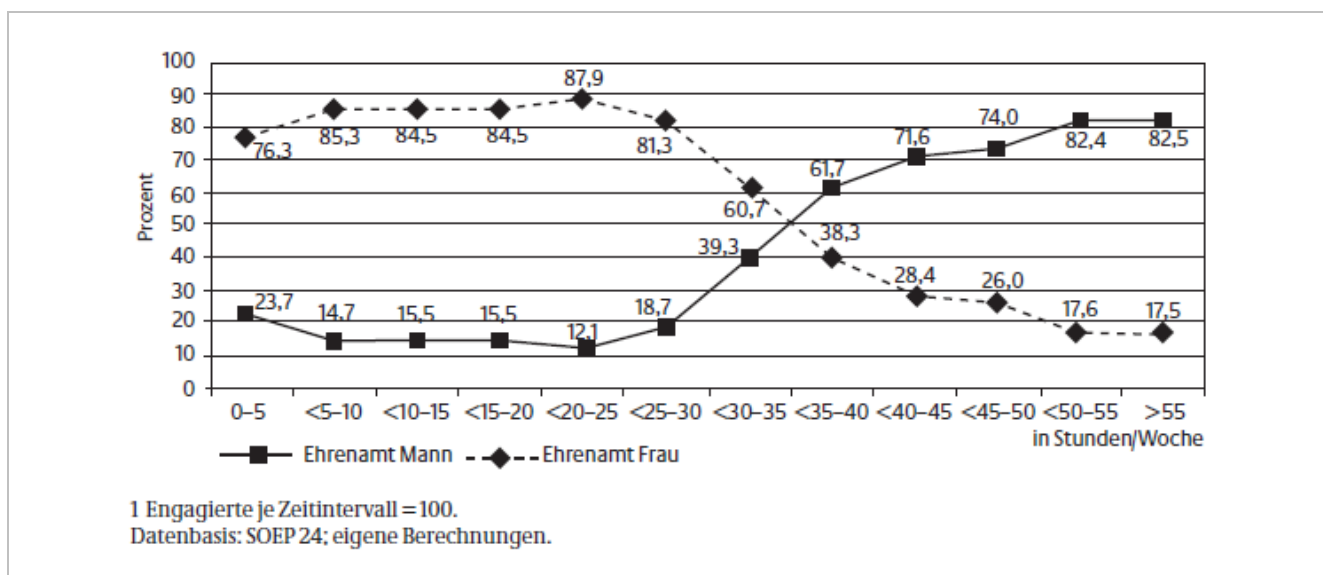


**Abbildung 4: Engagement in verschiedenen Lebensformen (in %)**



Quelle: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 100.

**Abbildung 5: Anteil des Engagements nach Arbeitszeit und Geschlecht in Paarhaushalten mit Kind(ern), 2007 (in %)<sup>1</sup>**

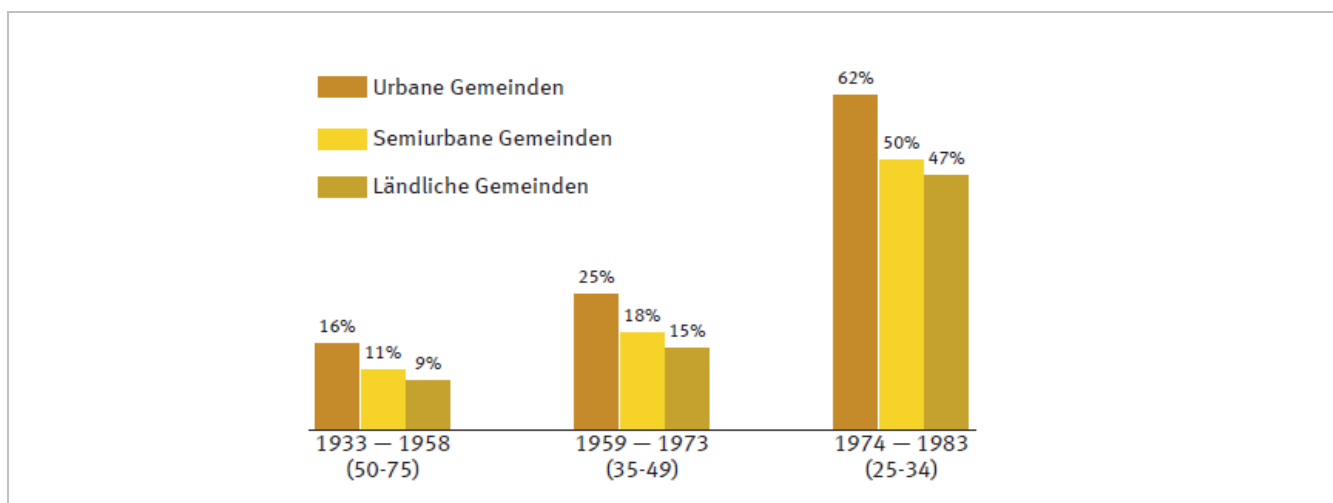


Quelle: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 48.

Gerade für gut gebildete, erwerbstätige Frauen stellt die Vereinbarkeit der Anforderungen von Beruf, Familie und Ehrenamt eine erhebliche Herausforderung dar und ist der Hauptgrund, warum sie auf zeitaufwendiges Engagement, etwa in der Kommunalpolitik, verzichten, und eher Engagementformen wählen, die gleichzeitig Sorge für die Familie ermöglichen, etwa in Schule und Kindergarten. Die hohe zeitliche Belastung ist vermutlich auch der Grund dafür, dass Menschen mit Familie in zivilgesellschaftlichen Führungspositionen unzufriedener sind und sich stärker überlastet fühlen als Menschen ohne Familienverantwortung.<sup>14</sup>

Voraussichtlich werden zwischen 20 und 25% der jetzt im mittleren Erwachsenenalter befindlichen Frauen und ein noch höherer Prozentsatz von Männern lebenslang kinderlos bleiben. Dabei ist **Kinderlosigkeit** vor allem ein städtisches Phänomen und im ländlichen Raum wesentlich seltener.<sup>15</sup> Kinderlosigkeit bedeutet, dass fast ein Drittel der Erwachsenengeneration nicht mehr „automatisch“ im biografischen Verlauf in intergenerationellen Beziehungen zu jüngeren Menschen lebt, weder als Unterstützer von Kindern und Jugendlichen noch später als Unterstützer bei Hilfe- und Pflegebedarf.

**Abbildung 6: Anteil der Frauen ohne Kinder nach Wohnort<sup>1</sup>**  
 – Ergebnisse des Mikrozensus 2008 –



1) Nach der Stadt-Land-Zuordnung von EUROSTAT 2000

Für die Engagementbereitschaft hat dies differenzierte Auswirkungen: Engagement für Kinder, in Kindergarten und Schule entfällt als Tätigkeitsfeld für diese Erwachsenen weitgehend. Gleichzeitig entfällt aber auch die problematische Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen, so dass sie tendenziell für mehr Engagement in den Abendstunden Kapazitäten haben: für Gewerkschaft, Partei, Bürgerinitiative.

Auch für die Menschen im mittleren Erwachsenenalter behalten Qualifizierungsmöglichkeiten durch Engagement ihre Bedeutung. Ein volatiler Arbeitsmarkt zwingt auch Menschen über 35 immer wieder, sich neu zu bewerben und ihre Qualifikationen attraktiv zu erhalten. Insofern geht es bei diesen Qualifizierungsmöglichkeiten nicht nur um Anerkennung, Selbstentfaltung und Persönlichkeitsentwicklung, sondern ganz

konkret um den Erhalt und die Verbesserung der eigenen Beschäftigungsfähigkeit. Darüber hinaus kann Engagement auch Überbrückung beruflicher Durststrecken sein.

**Schlussfolgernd lässt sich feststellen, dass die Zunahme der Kinderlosigkeit und der späten Erstgeburt keineswegs zeitliche Freiräume für Engagement schafft, sondern im Gegenteil die biografische Phase intensiver und verantwortlicher ehrenamtlicher Tätigkeiten eher nach hinten verschieben und damit verkürzen. Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung und für verlässliche Arbeitsplätze könnten das Engagement von Menschen im mittleren Lebensalter besonders wirksam fördern. Denn sie erlauben Etablierung, Familiengründung und die für langfristiges Engagement nötige Stabilität der Lebensverhältnisse. Besonders Frauen sind darauf angewiesen, dass gute und verlässliche Kinderbetreuung ihnen Freiräume nicht nur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch zeitliche (und Kraft-)Reserven für Engagement lässt.**

### 1.3 Engagement von Älteren im demografischen Wandel

Die über-60-Jährigen sind die einzige Gruppe, deren Zahl durch den demografischen Wandel zunimmt und demnächst mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht. Gleichzeitig hat sich die Zahl der gesunden und aktiven Jahre eines Menschen durch Fortschritte in Medizin, Ernährung und Lebensführung erheblich vermehrt. **Eine große Gruppe von Menschen wird zukünftig zwischen 60 und etwa 85 Jahren nicht mehr voll beruflich eingebunden, aber sehr leistungsfähig und einsatzbereit sein.** Zugleich nimmt die Zahl der Enkel und der damit verbundenen familiären Verpflichtungen ab.

Üblicherweise wird bei den Über-55- oder Über-60-Jährigen noch einmal unterschieden zwischen

den „jungen Alten“ („drittes Lebensalter“) und „alten Alten“ („viertes Lebensalter“) Im „vierten Lebensalter“ wird ein Engagement häufig durch nachlassende Mobilität und eigene Hilfsbedürftigkeit erschwert. Auch bei den Über-70-Jährigen lässt sich schon ein sinkender Anteil an ehrenamtlich Aktiven feststellen. Deshalb ist die Engagementquote der Über-60-Jährigen insgesamt derzeit unterdurchschnittlich. Allerdings verschiebt der weitere medizinische Fortschritt diese Altersgrenzen laufend.

Die Kohorte der jetzt 50–65-Jährigen ist anders geprägt als die Nachkriegsgeneration – sie haben oftmals eigene Partizipationserfahrungen rund um die Reformjahre von 1968 gemacht; sie sind wirtschaftlich gesicherter als die Kohorten vor und nach ihnen, die Frauen unter ihnen haben von der Emanzipation profitiert, haben Führerschein, berufliche Qualifikation und ein vielfältigeres Rollenbild. Vor allem: Die nachwachsenden Alten haben als „Digital Immigrants“ Zugang zu den neuen Vernetzungs- und Interaktionsformen des Internet.

Wir erleben in diesen Jahren **das Entstehen neuer kultureller Leitbilder** für diesen Lebensabschnitt. Noch ist ein Bild dominant, bei dem Unterstützung der Familienangehörigen, z.B. durch Pflege des Ehepartners oder Betreuung der Enkelkinder zumindest für Frauen deutlich im Vordergrund steht. Für Männer stehen Tätigkeiten im weiteren persönlichen Umfeld wie Nachbarschaft oder Bekanntschaft gleichberechtigt daneben. Daneben sind die Konturen eines neuen freizeitorientierteren Altersbildes erkennbar: Hier geht es um gesunde Lebensführung, Fitness, Pflege eines Bekanntenkreises, Reisen und Medien- oder Kulturgenuß. **Zentrale Aufgabe im demografischen Wandel wird sein, daneben ein drittes Bild zum neuen Leitbild werden zu lassen: die ehrenamtlich und in Strukturen außerhalb von Familie, Nachbarschaft und Bekanntenkreis engagierten Seniorinnen und Senior**

ren.<sup>16</sup> Gleichzeitig werden wir aber erleben, dass sich das Altersbild entlang der verfügbaren Ressourcen noch mehr differenzieren wird – die Unterschiede zwischen Arm und Reich und zwischen mehr oder weniger gebildeten, zu Engagement und Teilhabe befähigten Älteren werden sich weiter verschärfen.

Viele Engagementformen der Älteren unterscheiden sich nicht von denen anderer Lebensalter. **Es wird durchaus kontrovers diskutiert, ob altersspezifische Engagementformen überhaupt ihre Berechtigung haben**, zumal die traditionellen Formen der Altenbeschäftigung (Altenclubs, Seniorenkaffeetrinken etc.) eher als Schreckbild dienen. Aus der Erfahrung und Anschauung ist bekannt, dass Traditionsvereine häufig (nicht immer) Probleme haben, Freiwillige für ehrenamtliche Aufgaben zu finden, und sich mit der Gefahr der Überalterung konfrontiert sehen. Natürlich halten ältere Menschen häufig auch an Engagementformen fest, die sie im Laufe ihres Lebens entwickelt haben, während nachrückende Generationen eigene, anders geartete Engagementformen entwickeln.

**Zu den zahlreichen altenspezifische Formen des Engagements gehören Selbsthilfegruppen, die sich mit altersspezifischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen auseinandersetzen**, etwa mit Demenz. Selbstverwaltete Informationsstellen für Ältere wie die Seniorenbüros sind Experten für die Bedürfnisse und Bedarfe älterer Bürgerinnen und Bürger. Häufig ist hier eine enge Vernetzung mit anderen Einrichtungen im Engagementbereich vor Ort vorhanden, etwa mit Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenagenturen und Seniorenvertretungen. Ältere Menschen sind auch als Mitglieder in den politischen Parteien überrepräsentiert. Ob dies auch ein entsprechend höheres Engagement bedeutet, ist nicht klar.

**Soziales Engagement ist ein Kernbereich, in dem Ältere besonders aktiv sind.** Altersspezi-

fisch sind insbesondere Initiativen, die auf das berufliche oder familiäre Erfahrungswissen älterer Menschen zurückgreifen. Dazu zählen z.B. Mentorendienste älterer Menschen wie im Senior Expert Service, „Oma-Hilfsdienste“, „Opa-Leihdienste“. Deren Existenz darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das oftmals als ideal gepriesene generationenübergreifende Engagement auf praktische und mentale Hürden stößt und nicht immer die ideale Form der Mitwirkung ist.

**Seniorenvertretungen selbst sind eine besondere, altersgruppenspezifische Form der politischen Mitwirkung, die gewissermaßen quer zu anderen Beteiligungsformen steht.** Da sich kaum eine politische Kraft dem moralischen Druck der Forderung nach Einrichtung solcher Vertretungen widersetzen konnte, sind sie mittlerweile in allen 16 Bundesländern vorhanden. Stehende Forderung der Seniorenvertretungen ist, in allen kreisfreien Städten, Gemeinden und Landkreisen institutionell abgesichert zu werden und über festgeschriebene Beteiligungsrechte zu verfügen (Organisationsform, Zusammensetzung, Aufgaben und Mitwirkungsmöglichkeiten) Trotzdem sei die kritische Anfrage gestattet, ob nicht eine angemessene Repräsentanz Älterer in den regulären politischen Entscheidungsgremien zielführender wäre. Denn Alter an sich konstituiert keine Gruppenzugehörigkeit und Interessenidentität; im Zweifel ist die lebenslange Prägung durch Beruf, Sozialstatus, Organisationszugehörigkeit und politische Überzeugung stärker. Daher sind die Seniorenvertretungen auch ohne viel Einfluss. Eine Ausnahme bilden noch am ehesten Interessenvertretungen wie der VdK.<sup>17</sup>

Gerade neuere seniorentypische Engagementformen wie die Seniorenbüros, Senior Experten Services und Selbsthilfegruppe haben einen Boom erlebt und zu einer Welle an neuer Engagementbereitschaft geführt. **Offenbar gibt es ein Be-**

**dürfnis nach spezifischem Seniorenengagement, vielleicht auch als Gegengewicht gegenüber der Dominanz der Jugend in Wirtschaft und Medien, vor allem aber als Teilhabechance nach dem Ausscheiden aus dem Beruf.**

**Das Leitbild des „aktiven“ oder „produktiven“ Alters darf jedoch nicht zu einer verpflichtenden Zuschreibung werden.** So wie Menschen, die ihre Arbeit verlieren, dadurch keineswegs stärker ins Ehrenamt strömen, bedeutet auch die Zunahme der gesunden, aktiven Jahre nicht automatisch eine Steigerung der Nachfrage nach Engagement-Möglichkeiten. Worum es geht, ist ein anderer Zugang: Wir leben nach wie vor in

einer Arbeitsgesellschaft, in der Arbeit das zentrale Integrationsinstrument überhaupt darstellt. Im Sinne einer inklusiven Gesellschaft kann es nicht dauerhaft befriedigen, wenn Menschen qua Alter vom zentralen Integrationsmechanismus einer Gesellschaft ausgeschlossen sind. Da aber aus hier nicht zu diskutierenden Gründen eine deutliche Verlängerung der Erwerbsarbeit bis in die hohen 70er und 80er nicht in Frage kommt, besteht dringender Bedarf an vergleichbar wirksamen Integrationsmechanismen. Und zu diesen zählt – neben anderen – zweifellos auch das bürgerschaftliche Engagement Älterer. Es schafft Teilhabe und stiftet Sinn.

## 2. Vier Funktionen des Engagements im demografischen Wandel

### 2.1 Engagement als Ergänzung des Sozialstaats in der alternden Gesellschaft

Die gesamte Demografiediskussion wird gelegentlich mit dem Argument in Frage gestellt, sie sei nur eine Ausrede für das Ausdünnen sozialstaatlicher Sicherungsnetze. Die Kombination aus prekärer Beschäftigung, Wirtschaftskrisen und zunehmender Arbeitslosigkeit, darauf folgend geringem Beitragsaufkommen in den Sozialversicherungen bei gleichzeitig geringer Geburtenzahl, steigender Lebenserwartung und teurem medizinisch-technischem Fortschritt führt jedoch unzweifelhaft den Sozialstaat, den wir kennen, in die Klemme. Streitig ist nur, wo die Auswege zu suchen seien. **Bürgerschaftliches Engagement erscheint da als Rettungsanker, der nicht nur Lückenbüßer ist, sondern sogar höhere Qualität und mehr menschliche Wärme im Pflegedilemma verheißt.**

**Angesichts dieser weit verbreiteten Hoffnungen nehmen sich die tatsächlich vorhandenen Engagementstrukturen im Bereich Gesundheit eher übersichtlich aus. Der Anteil des Gesund-**

**heitssektors am gesamten ehrenamtlichen Engagement beträgt lediglich 1,6% (2004).<sup>18</sup>** Zudem erreichen ehrenamtliche Tätigkeiten bislang nur die Ränder der medizinischen Versorgung. Dazu gehören krankheitsbildspezifische Selbsthilfegruppen und ehrenamtliche Helferinnen in Kliniken und Heimen, die nach der Farbe ihrer Kittel so genannten „grünen Damen“, von denen über 10.000 aktiv sind. Weiterhin existieren in vielen Krankenhäusern auch offiziell bestellte Patientenführer.

Bemerkenswert ist die seit den 1980-er Jahren entstandene ambulante Hospizbewegung. Von 1996 bis 2008 hat sich die Zahl der ambulanten Hospizdienste mehr als verdreifacht; derzeit gibt es über 1500 in Deutschland. Sie ist ein Paradebeispiel jüngsten Datums dafür, wie zunächst rein ehrenamtlich organisierte Dienstleistungen professionalisiert und schließlich sogar mit einem wohlfahrtsstaatlichen Rechtsanspruch – seit der Gesundheitsreform 2007 besteht ein Anspruch auf „Spezialisierte ambulante Palliativversorgung“ – versehen werden. Die Real-

sierung dieses Anspruchs scheitert derzeit noch vielfach am Konflikt zwischen Krankenkassen und Trägern, wobei die Integration Ehrenamtlicher keine Rolle spielt, sondern ausschließlich Finanzierungsfragen.

**Im Ergebnis zeigt sich, dass trotz der Hoffnungen auf Engagement zur Entlastung der Sozialsysteme das Eindringen der Laien in die Kernbereich des Gesundheitssystems von den Professionellen verhindert wird.** Der scheinbare Konsens der Experten, dass die eigentliche Gesundheitsversorgung auch in ihrem veränderten Bedarf im demografischen Wandel, nicht von engagierten Laien übernommen werden könne, bleibt unangezweifelt. **Dabei brauchen wir dringend mehr dezentrale und bürgerschaftlich verantwortete Ansätze: hausarztlastende Dienstleistungen, Vernetzung von Selbsthilfe, ambulanter Pflege, Beratung, Sozialdienst und medizinischen Dienstleistungen z.B. in Dorfgesundheitszentren und eine sektorenübergreifende, auf Prävention orientierte Versorgung.**

Bislang aber verstehen die etablierten Akteure des Gesundheitssystems unter Partizipation und Bürgerbeteiligung lediglich Information, Transparenz, Patientenmitbestimmung und Patientenrechte, etwa auf freie Arzt- und Krankenhauswahl,<sup>19</sup> keineswegs aber die verantwortliche Mitwirkung der Engagierten bei der Behandlung selbst. Das Argument der fehlenden Fachlichkeit kann leicht entkräftet werden: Schon heute sind Selbsthilfegruppen über seltene Krankheiten und ihre Behandlung zumeist wesentlich besser informiert als die behandelnden Ärzte; und die freiwillige Feuerwehr macht vor, dass Ehrenamtliche auch bei Gefahr für Leib und Leben verantwortlich und effizient arbeiten können.

Etwas anders stellt sich die Situation im Bereich **Pflege** dar. Hier ist zum einen die private Organisation die Regel, die professionelle Betreuung noch die Ausnahme. Seit vielen Jahren werden

rund 70% der Pflegeleistungen von Verwandten erbracht.<sup>20</sup> Die Einführung der sozialen Pflegeversicherung im Jahr 1995 hat einen Professionalisierungsschub ausgelöst, mit der typischen und erwartbaren Folge, dass die bürgerschaftlichen Potenziale in der Pflege sowohl bei kommerziellen Trägern und Anbietern, aber ebenso bei den Wohlfahrtsverbänden vernachlässigt wurden. So wie die Entfaltung und Professionalisierung der kommunalen Wohlfahrtspflege seit dem Ersten Weltkrieg das Ende ehrenamtlicher Strukturen der Armenpflege („Elberfelder System“) herbeiführte, hat auch die Einrichtung der Pflegeversicherung als sozialstaatliche Zuständigkeit zunächst einmal die Eigenleistungen entwertet. Die Professionalisierungsbestrebungen im Pflegebereich sind bei weitem noch nicht zum Abschluss gekommen, und umso stärker fallen die Abgrenzungsbemühungen gegenüber Ehrenamtlichen aus. Bezeichnend dafür war z.B. der öffentliche Aufschrei, als die Bundesagentur für Arbeit im Sommer 2008 in großem Stil Arbeitslose zu Demenz-Pflegehelfern umschulen wollte. Obwohl das Pflegeversicherungsgesetz keine Vollversicherung schuf und insoweit das Engagement von Familie und Gesellschaft konstitutiv vorsieht, fehlten von Anfang an systematische Aktivierungsbemühungen.<sup>21</sup>

Die Einrichtung von Pflegestützpunkten sollte diese Lücke zumindest teilweise schließen und zu einer stärkeren **Integration professioneller und ehrenamtlicher Leistungen** führen. Vereinzelt gibt es auch Versuche, die Öffnung von Institutionen der Altenhilfe in die Bürgerschaft durch gesetzliche Vorschriften zu befördern. So sieht der Referentenentwurf des Wohn- und Teilhabegesetzes (Heimgesetz) für Sachsen-Anhalt vor, dass der Kontrollrhythmus für die Heimaufsicht von ein auf zwei Jahre verlängert wird, wenn eine bürgerschaftliche Öffnung der Einrichtung (z.B. durch Förderverein, Besuchsdienste, Kooperation mit Kitas oder Schulen etc.) nach-

gewiesen werden kann. Mittlerweile hat ein großer Teil der stationären Einrichtungen die eine oder andere Form der Einbeziehung Ehrenamtlicher realisiert.<sup>22</sup>

Auch wenn der institutionelle Rahmen hinterhinkt, besteht gesellschaftlich mittlerweile Konsens, dass die Pflege von immer mehr stark hilfebedürftigen Älteren weder durch die kleiner werdenden Familien noch durch kostspielige professionelle Betreuung allein sichergestellt werden kann, sondern dass unterschiedliche Formen des bürgerschaftlichen Engagements unverzichtbar sind. Es aber gesetzlich festzuschreiben hieße, den Notnagel-Charakter des Zivilengagements im Bereich Altenpflege noch zu unterstreichen. Wie könnten demgegenüber die **Bedingungen für ein selbstbestimmtes, eigenwilliges, freiheitliches Engagement im Bereich Altenpflege** aussehen?

**Wichtig ist, ein neues Leitbild zu entwerfen, in dem Engagement nicht als Lückenbüßer, sondern als zentraler Bestandteil einer modernen, humanen Altenpflege fungiert. Die durch den richtigen Mix aus öffentlicher und privater Verantwortung deutlich mehr Lebensqualität im Alter und bei Schwäche erzielt werden kann und zugleich die ehrenamtliche Betätigung auch für die Helfer Sinn stiftet. In solchen Arrangements spielt dann neben der konkreten Hilfeleistung immer auch die anwaltschaftliche Funktion eine zentrale Rolle.** Untersuchungen von Klie<sup>23</sup> haben vielfach gezeigt, dass Einzutreten für die Rechte, oftmals tatsächlich die Menschen- und Bürgerrechte der verletzlichen Gruppe der Hochbetagten und Pflegebedürftigen ist etwas, was engagierte Laien besser können als professionelle Dienstleister, die immer auch ihr ökonomisches Interesse im Auge behalten müssen. Gerade diese Parteilichkeit zu Gunsten der Schwachen machte auch das erste soziale Ehrenamt, die Armenpfleger im Elberfel-

## Bürgerengagement und demografischer Wandel

der System, so ungemein erfolgreich und verschaffte ihnen Respekt und Zuneigung der Hilfebedürftigen.

Die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffes ist im Gange. Die Ergebnisse werden wegführen von der derzeitigen minutengenauen Verrichtung pflegender Tätigkeiten hin zu einer konsequenten Orientierung an Kompetenzen und Bedürfnissen der Pflegebedürftigen. Die Umsetzung dieser Neudefinition wird aber kaum kostenneutral möglich sein. Deshalb muss gleichzeitig die Gleichstellung ambulanter und stationärer Pflege vorangetrieben werden und müssen die Handlungsmöglichkeiten für Engagierte erweitert werden. **Nur durch finanzielle Gleichbehandlung von ambulant und stationär, nur durch ein gekonntes Ausbalancieren ehrenamtlicher und hauptamtlicher Tätigkeit wird es zu Ambulantisierung auch im Bereich schwerer Pflegebedürftigkeit kommen. Dazu gehört die Gleichbehandlung von Pflegezeit und Elternzeit ebenso wie die flächendeckende Einrichtung von Beratungsstrukturen für Pflegende (Pflegestützpunkte) und eine qualifizierte kommunale Altenhilfeplanung.**

Klaus Doerner ist der entschiedenste Fürsprecher einer neuen **Verantwortungskultur, die ehrenamtliches Engagement zur Bewältigung des erhöhten Pflegebedarfs und Bewältigung des demografischen Wandels als alternativlos erscheinen lässt:** „Die einzige freie und verfügbare Ressource ist die Zeit der Bürger; das heißt alle Bürger (nicht nur die Ehrenamtlichen) werden künftig in ihrem Wochenzeitbudget nicht nur Arbeitszeit und Freizeit, sondern auch Sozialzeit vorsehen müssen“.<sup>24</sup> Solche Visionen von Alterspflichtdienst ziehen auch Kritik auf sich.<sup>25</sup> Als Lückenbüßer des Sozialstaats wird das bürgerschaftliche Engagement sich nicht einbinden lassen, ohne den Charakter der Freiwilligkeit und der Eigenwilligkeit zu verlieren,

der es ausmacht. Fließende Übergänge sind eher zu erwarten aus dem Bereich der Selbsthilfe und Eigenarbeit, den Wohnprojekten und selbst organisierten Vergemeinschaftungen. Mit großer Bescheidenheit muss jedoch konstatiert werden: Alle diese bemerkenswerten Ansätze können noch lange nicht konkurrieren mit der Quantität und Qualität an Solidarität und Pflegeverantwortung, die Familien produzieren. Das ist der eigentliche Grund, sich um das Pflegerisiko in unserer zunehmend kinderlosen Gesellschaft Sorgen zu machen.

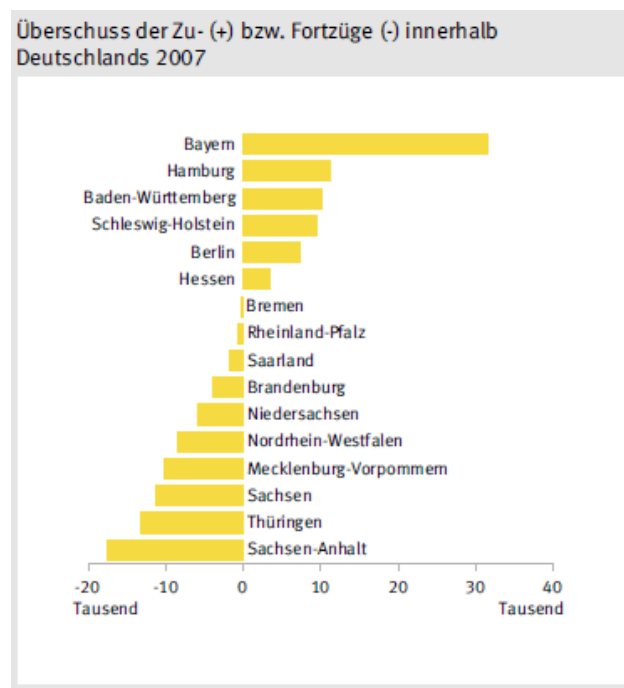
## 2.2 Engagement als Haltefaktor gegen Abwanderung

Die Abwanderung junger Menschen ist seit etwa zehn Jahren ein brisantes politisches Thema geworden, weil die anfänglichen Hoffnungen auf „Normalisierung“ der Wanderungsbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland sich als trügerisch erwiesen. Gleichwohl ist Abwanderung kein ostdeutsches Monopol, sondern betrifft ländliche und strukturschwache Regionen im Westen Deutschlands (und in ganz Europa) in gleicher Weise. Stets sind Frauen – und damit auch zukünftige Mütter – eher bereit, das Land zu verlassen. Am mobilsten sind die Altersgruppen bis 25 Jahre. Eine Abwärtsspirale ist mancherorts in Gang gekommen: Die Jüngeren, Mobileren, besser Qualifizierten gehen – ihre Arbeitskraft, Dynamik und Innovationsfähigkeit fehlen den Regionen ebenso wie die Kinder, die sie am neuen Wohnort bekommen werden. Der Bevölkerungsrückgang droht damit zu einer langfristigen Wachstumsbremse zu werden, die gefährlicher ist als kurzweilige wirtschaftliche Konjunkturen. Inzwischen haben Versuche, gezielt Anreize zum Im-Lande-Bleiben oder Rückwandern zu schaffen, Eingang in das regionalpolitische Standardrepertoire gefunden. Der Verbund Zu- und Rückwanderung ([http://www.perspektive-](http://www.perspektive-ost.de/)

## Bürgerengagement und demografischer Wandel

[ost.de/](http://www.perspektive-ost.de/)) organisiert zahlreiche Rückwanderungsagenturen. Schwerpunkt ist zumeist die Gewinnung von Fachkräften für ostdeutsche Unternehmen, was punktuell auch gelingt.

Abbildung 7



Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2009. Wiesbaden. Bundesamt für Statistik 2009. S. 65.

Die Ursache für den Bevölkerungsrückgang scheint auf den ersten Blick auf der Hand zu liegen: die Arbeitsmarktsituation, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit. Man wird nicht leugnen können, dass die Disparitäten bei Einkommen und Beschäftigung der wichtigste Motor für die Abwanderung sind – aber das Beispiel Ostdeutschland zeigt auch, dass durch Binnenwanderung diese Unterschiede eben nicht – wie von der Theorie unterstellt – ausgeglichen, sondern im Sinne einer Abwärtsspirale noch verschärft werden.

Eine Studie im Auftrag der Landesregierung Sachsen-Anhalt, die erstmals in nennenswertem



Umfang qualitative Daten erhob, konnte ökonomische Erklärungsansätze deutlich differenzieren.<sup>26</sup> Es zeigte sich, dass die so genannten Push- und Pull-Faktoren nicht nur rein ökonomischer Natur sind. Menschen beziehen in ihre Wanderungsentscheidung neben Lohndifferenzen und der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen auch private Gründe mit ein, z.B. den Zuzug zum Partner.<sup>27</sup> Abwanderung ist traditionell auch ein Land-Stadt-Phänomen gewesen. Die Lebenslage Jugendlicher steht auf dem Land noch stärker als anderenorts unter dem Vorzeichen potenzieller Chancenlosigkeit und Ausgrenzung bzw. des Zwangs zur Migration.<sup>28</sup>

Gegenüber den zahlreichen Studien über Abwanderung aus Ostdeutschland und der Differenzierung der Push-Faktoren, die junge Menschen zur Abwanderung drängen, ist die Zahl von Arbeiten über Haltefaktoren, welche Menschen an ihre Region binden, vergleichsweise gering. Regionalsoziologische Untersuchungen zur Herkunftsgebundenheit zeigen, dass selbst in der mobilen Gesellschaft die Bindung an die Herkunftsheimat nicht ausstirbt, aber häufig vervielfacht wird durch Bindungen an weitere „Kontrasträume“, z.B. Urlaubsregionen.<sup>29</sup> Das Heimatgefühl, die Gebundenheit des modernen Menschen, ist vielfältiger und flexibler geworden, aber gleichwohl vorhanden und gehört zu den spezifischen Strategien der Lebensbewältigung auf dem Land, auch für Jugendliche.<sup>30</sup> In der Gesamtsicht stellt sich weniger die Frage, warum Menschen gehen, sondern warum sie bleiben und nicht wandern.<sup>31</sup>

Im Rahmen der oben genannten Sachsen-Anhalt-Studie wurde hierfür ein **Konzept der Haltefaktoren** entwickelt. Den Entschluss zum Verbleib in einer Region und noch mehr zur Rückkehr nach einigen „Wanderjahren“ treffen junge Menschen nur dann, wenn sie Gründe zum Bleiben haben, wenn sie durch „Haltefaktoren“ an ihren

Wohnort gebunden sind und diese Faktoren stärker wiegen als die für eine Abwanderung. Zu diesen Haltefaktoren gehört – das zeigte sich in den qualitativen Interviews der Studie und wurde seitdem in mehreren Projekten bestätigt – an vorderster Stelle auch das bürgerschaftliche Engagement.

**Die Verwurzelung oder Vernetzung in der Heimat wird durch die Übernahme regionaler Verantwortung mächtig befördert. Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist deshalb möglicherweise der wichtigste nichtökonomische Hebel, um jungen Menschen in strukturschwachen Regionen Gründe zum Bleiben zu geben und zugleich Wachstumsimpulse für diese Regionen zu setzen. Wer vor Ort Verantwortung übernimmt, sei es in der Politik, im Verein, in Bürgerinitiativen oder den Kirchen, wird zum aktiven Gestalter der Region und verlässt sie nicht einfach wegen eines etwas höheren Lohnniveaus anderswo.**

**Insofern ist die gezielte Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen in ländlichen und strukturschwachen Regionen die wirksamste politische Maßnahme gegen Abwanderung.** Die Voraussetzungen für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum sind sehr gut, denn schon heute ist die Engagementquote dort deutlich überdurchschnittlich (rund 40% der Befragten gegenüber rund 30% in Großstädten).<sup>32</sup> Typische Maßnahmen zur Förderung lokalen Engagements sind die Schulung der Kompetenzen von Mandatsträgern, die spezifische Schulung von Frauen für politische Verantwortungsübernahme, die Schaffung von erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten für Eltern und Jugendliche, der Ausbau der Gemeinwesenarbeit, die Erleichterung der Vereinsmitgliedschaft für Familien durch Senkung der Beiträge in Abhängigkeit von der Kinderzahl. In dieser Perspektive gewinnt Gender Mainstreaming bei

dem Versuch staatlicher Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen ein besonderes Gewicht, weil Frauen noch stärker zur Abwanderung neigen. So wäre es etwa denkbar, die Förderung von Vereinen und Verbänden grundsätzlich davon abhängig zu machen, dass Frauen zu 50% in Führungsebenen beteiligt sind.

Bewährt haben sich auch Konzepte der Mikrofinanzierung von Projekten (etwa das Programm „Wir ... hier und jetzt“), in denen lokalen Initiativen sehr geringe Summen in die Hand gegeben werden, um vor Ort ganz unterschiedliche Projekte zu entwickeln, die allerdings die Einbeziehung möglichst vieler (junger) Bürger zur Voraussetzung haben. Ein anderer möglicher Weg ist die bewusste Ausrichtung der Eigenheimförderung auf gemeinschaftliche oder genossenschaftliche Projekte, die auf gegenseitiger Hilfe und Selbstverwaltung basieren. So können neue dörfliche Strukturen gegenseitiger Solidarität und Vernetzung entstehen. Auch Landeswettbewerbe in den verschiedensten Bereichen, Schaffung von Webseiten-Plattformen oder regionalen Vernetzungsagenturen (z.B. Ehrenamtslotsen) können zur Stärkung selbstbewusster lokaler Strukturen beitragen. Ebenso wirksam ist die Schaffung von Beteiligungschancen für Bürger. Hierzu gehören bewährte Verfahren zur Bürgerplanung (Planungszellen, Bürgergutachten, Zukunftswerkstätten etc.) ebenso wie die Einrichtung ständiger Beiräte, Jugend- oder Familienparlamente in den Kommunen.<sup>33</sup>

Die integrierenden und identitätsstiftenden Aspekte exponierter kultureller Entwicklungsprojekte können gleichfalls eine Rolle spielen. Das Beispiel der Dresdner Frauenkirche zeigt, welche Energien und welches Maß an Identifizierung ein weithin sichtbares, wirtschaftlich ganz und gar irrrationales Unternehmen wie der Wiederaufbau der Marienkirche entfesselt hat. Voraus-

## Bürgerengagement und demografischer Wandel

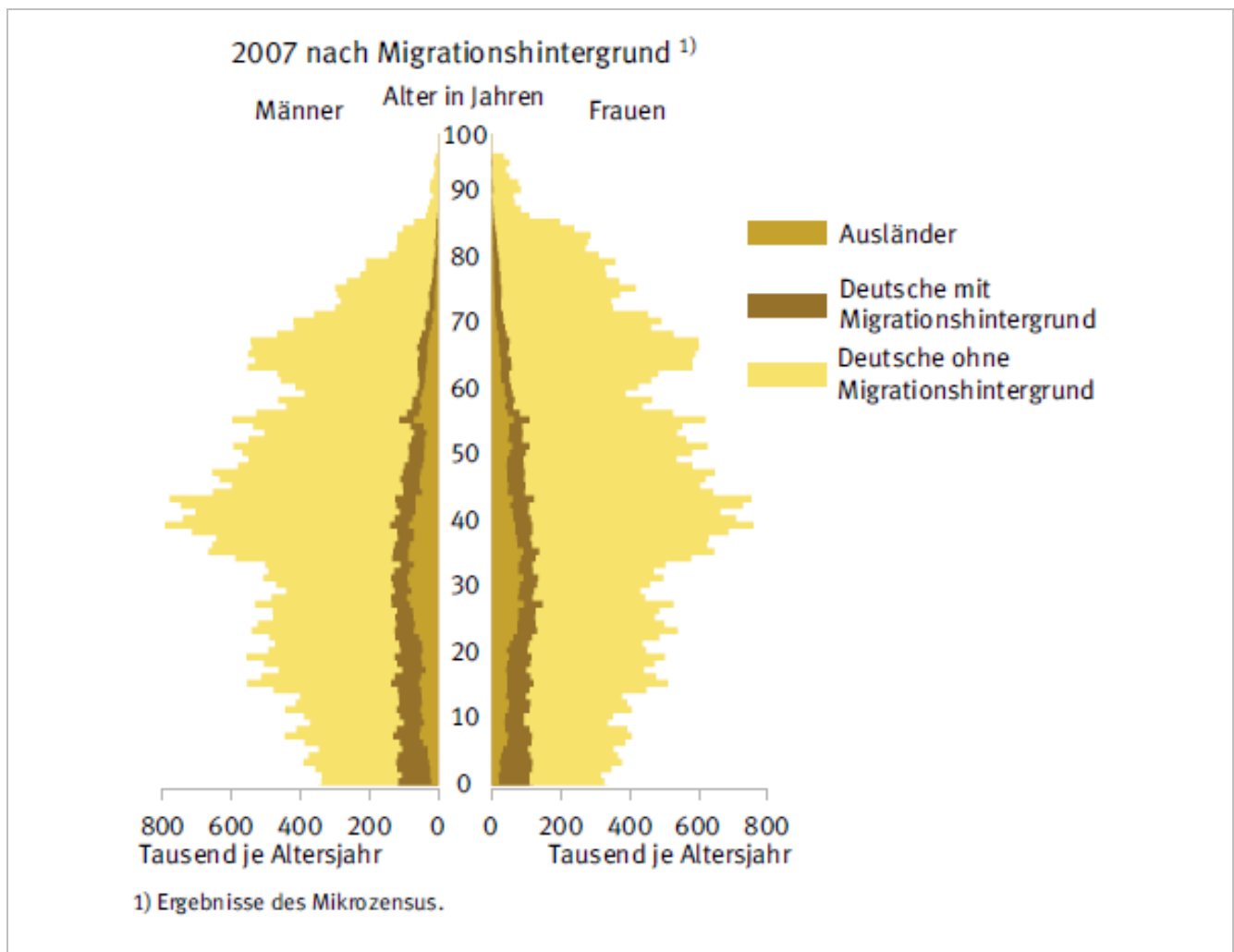
setzung dafür ist zum einen die große historische Bedeutung und Vision des Projekts gewesen, zum anderen aber die Vervielfachung von Beteiligungschancen für Bürger im Rahmen dieses Projekts. Dieses Beispiel kann auch in kleinerem Maßstab funktionieren.

Bei allem Optimismus zeigt sich jedoch ein gravierendes Dilemma: Gerade die Regionen, die von Alterung und Abwanderung besonders stark betroffen sind und insofern die Ressource des bürgerschaftlichen Engagements am nötigsten hätten, haben die geringsten Potentiale an Engagierten. Die Adressierung von Engagementförderung als Haltefaktor für strukturschwache Regionen kann dennoch ein Erfolg versprechender Weg zu mehr Bürgergesellschaft im ländlichen Raum sein, weil durch diese Argumentation andere politisch-gesellschaftliche Ebenen einbezogen und andere finanzielle Ressourcen zugänglich werden.

### 2.3 Engagement als Integrationschance für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

**Bürgerschaftliches Engagement spielt in zweierlei Hinsicht eine bedeutende Rolle für die produktive Integration von Zuwanderern. Zum einen ist die demokratisierende und politisierende Wirkung selbstbestimmter Engagementformen ein wichtiges Bollwerk gegen rechtsgerichtete und ausländerfeindliche Tendenzen. Zum andern und vor allem stiftet Engagement Identität und Zugehörigkeit. Neben der Erwerbsarbeit ist die Zivilgesellschaft mit ihren Mitwirkungsmöglichkeiten wahrscheinlich der wichtigste gesellschaftliche Integrationsmechanismus.<sup>34</sup> Angesichts des rasch wachsenden Anteils der Menschen mit Migrationshintergrund an der deutschen Bevölkerung muss diese Funktion des bürgerschaftlichen Engagements besonders hervorgehoben werden.**

Abbildung 8



Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2009. Wiesbaden. Bundesamt für Statistik 2009. S. 97.

Das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ist sehr vielfältig. Hinsichtlich der Organisationsform lassen sich herkunftslandorientierte Vereinigungen (z.B. Moscheevereine, Folkloregruppen, Kulturvereine) von aufnahmelandorientierten Vereinigungen (Bürgerrechtsgruppen, Selbsthilfegruppen und die Aktivität von Migranten in deutschen Orga-

nisationen wie z.B. Sportvereine oder Gewerkschaften) unterscheiden.

Die Grundformen der Partizipation von Migranten sind in der Tabelle 2 „Grundformen der Partizipation“ dargestellt.

Herkunftslandorientierte Vereinigungen dienen vor allem als Quelle sozialer Anerkennung. Dem

**Tabelle 2: Grundformen der Partizipation**

		politisch motiviert	
		ja	nein
herkunftslandorientiert	ja	z.B. in kurdischen, nationalistischen, politisch-religiösen, linken Gruppierungen	z.B. in ethnisch homogenen religiösen, kulturellen oder sportlichen Vereinigungen
	nein	z.B. in Bürgerrechtsgruppen, deutschen Parteien und Gewerkschaften	z.B. in deutschen Sport- und Freizeitvereinen

Quelle: Diehl/Urbahn (1998).

drohenden Statusverlust kann durch einen Rückzug in die ethnische Enklave begegnet werden. Dies erklärt, warum auch Immigranten der zweiten oder dritten Generation in herkunftslandorientierten Gruppierungen aktiv werden, die für sie eine wichtige Quelle sozialer Anerkennung sind.<sup>35</sup> Eine qualitative Untersuchung des Deutschen Vereins zeigt eine gewisse typische Engagement-Karriere zugewanderter Bevölkerungsteile: In der ersten Phase kann intensive Betätigung in herkunftsgebundenen Vereinen ein Stück Heimat schaffen. Dieses Engagement ist weniger gemeinwohlbezogen als vielmehr darauf gerichtet, eigene Probleme zu lösen, ist also auch als Selbsthilfe-Aktivität anzusprechen.

Die Aktivität in diesen Vereinen geht jedoch mit längerer Aufenthaltsdauer deutlich zurück, bei der in Deutschland geborenen Kindergeneration lässt das Interesse spürbar nach. Hingegen erleben die Kulturvereine eine zweite Blüte als Organisatoren von Treffpunkten für ältere, aus dem Arbeitsleben bereits ausgeschiedene Migranten. Türkische Migrantinnen und Migranten der ersten Generation, ergab eine Studie, sind eher in Kulturvereinen aktiv, während sich in der zweiten Generation ihr Anteil in deutschen Vereinen verstärkt. Dennoch bleibt die Religion (29%) für türkischstämmige Migranten der wich-

tigste Engagementbereich vor Sport und Geselligkeit.<sup>36</sup>

**Oft wird das Engagement der Migranten in sogenannten Kulturvereinen als Aufbau einer „Parallelgesellschaft“ sehr kritisch bewertet. Diese Sichtweise unterschlägt, dass hier häufig Integrationsarbeit vor Ort geleistet wird, Hilfe für Kinder und Jugendliche in der Schule und Unterstützung bei Behördengängen, Starthilfe für Neuankömmlinge.** So lässt sich der bemerkenswerte schulische Erfolg spanischer Migrantenkinder – 70 Prozent schaffen mindestens die Fachoberschulreife, das ist die Bestmarke aller Migrantengruppe in Deutschland – vorwiegend durch die gute lokale bürgerschaftlichen Arbeit der spanischen Elternvereine erklären, die schon seit den siebziger Jahren aktiv sind. Dieses Engagement, obwohl es innerhalb der spanischen Gemeinschaft und vorwiegend als Dienstleistung und Selbsthilfe operierte, hat zur gelungenen Integration dieser Migrantengruppe stark beigetragen. Die kulturell durchaus vergleichbaren italienischen Einwandererkinder gehören hingegen zu den schulisch am schlechtesten integrierten Migrantengruppen.<sup>37</sup>

Die bis in die 1980-er Jahre mitgliederstarken Exil-Organisationen haben weitgehend an Bedeutung verloren, und das Spektrum der Ver-

eine ist inzwischen sehr breit. Es reicht von den Auslandsablegern der Verbände des Ursprungslands (Beispiel Türkisch-Islamische Anstalt der Religion DITIB) über stark heimatverbundene Organisationen bis zu klar auf Deutschland orientierten Jugendverbänden mit ethnischem Hintergrund, die sich unter dem Dach des Deutschen Bundesjugendrings dem Verband „DJO – Deutsche Jugend in Europa“ zuordnen. Hier finden sich auch viele Vereine mit osteuropäischem Hintergrund. Zumeist leiden sie an geringem Professionalisierungsgrad und haben im Wettbewerb um öffentliche Fördermittel kaum eine Chance. Dennoch zeigt sich, dass diese nach Herkunftsland organisierten Vereine für viele Jugendliche mit Migrationshintergrund die wichtigste Brücke zu politischem oder bürgerschaftlichem Engagement etwa in Parteien oder Gewerkschaften darstellen.<sup>38</sup>

Die Ethnien übergreifende Engagementformen sind eher selten, gerade zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunftsländer stehen die Konflikte und Konkurrenzen eher im Vordergrund. Ausländerbeiräte haben häufig nur eine sehr eingeschränkte Akzeptanz und Wirkung – lange Zeit durften keine Menschen deutscher Nationalität zur Wahl aufgestellt werden, so dass die kompetentesten Mitglieder der Migranten-Community außen vor blieben. Durch die lediglich beratende Funktion erleben sich die Beiräte als einflusslos gegenüber der hauptamtlichen Verwaltung. Die Integration in die Gewerkschaften scheint dagegen oft zu gelingen und echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Migranten zu ermöglichen.<sup>39</sup>

Aufnahmelandorientierte Partizipation – sei es die Mitwirkung in deutschen Sportvereinen, Gewerkschaften, gemischethnischen Organisationen gegen Diskriminierung, ethnischen Berufsverbänden o.ä. – ist eher eine Sache der integrationsbereiten und -fähigen Migranten, die sich

gerade nicht in die ethnische Enklave zurückziehen. Voraussetzung für die Teilhabe sind zumeist gute deutsche Sprachkenntnisse. Interessant ist diese Form des Engagements vor allem auch für besser gebildete Migranten der zweiten und dritten Generation, die sich von den religiösen, kulturellen oder politischen Überzeugungen ihrer alten Heimat weiter entfernt haben und deshalb innerhalb der Enklave keine Anerkennung finden würden. Dies kann entweder zum individuellen Ausweg einer vollständigen Integration in die Aufnahmegesellschaft führen oder zum kollektiven Bemühen, Interessen zu organisieren und Benachteiligungen zu begegnen.<sup>40</sup>

Empirische Befragungen scheinen nahezulegen, dass die Engagementbereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund geringer sei als die der eingeborenen Deutschen.<sup>41</sup> Der Freiwilligen-survey (Erhebung von 2004) konnte für Menschen mit Migrationshintergrund keine völlig repräsentative Datenbasis realisieren. Im Ergebnis der vorhandenen Daten zeigte sich, dass Migranten eine sehr niedrige Engagementquote von 23% gegenüber 37% im Durchschnitt der Bevölkerung aufweisen, und selbst dieser Wert muss wegen der Datenverzerrung als noch überhöht gelten.<sup>42</sup> Bei den bundesgeförderten Freiwilligenprogrammen beträgt der Anteil der Migranten immerhin 8%.<sup>43</sup> Nach den Sinus-Milieustudien ist die Engagementbereitschaft innerhalb der Migranten besonders ausgeprägt bei den bürgerlichen Milieus (Statusorientiertes Milieu und Adaptiv-bürgerliches Milieu sowie Intellektuell-kosmopolitischen Milieu), aber auch im traditionellen Arbeitermilieu, während das entwurzelte Milieu (ebenso wie bei den Nicht-Migranten), aber auch das religiös-traditionelle Milieu sich als weniger engagementbereit zeigen.<sup>44</sup> Die niedrigere Beteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund am bürgerschaftlichen Engagement ist also ganz überwiegend eine Folge ihrer geringeren schulischen und beruflichen Qualifi-

kation.<sup>45</sup> Auch deutsche Engagierte weisen stets einen ganz erheblichen Mittelschicht-Bias auf. Da die Mittelschichten im Migrationsmilieu noch deutlich weniger stark besetzt sind, schlägt sich dies in weniger ehrenamtlicher Tätigkeit nieder.

**Migranten sind als Experten in den Fachbeiräten und Kuratorien; in der Kommunalpolitik, in Parteien und Gewerkschaften überall unterrepräsentiert. Dies ist eine hemmende Rahmenbedingung für mehr Engagement. Ebenso negativ wirkt sich aus, dass die Professionellen des Engagements, also Quartiersmanager und Sozialarbeiterinnen, nur sehr selten einen Migrationshintergrund haben. Wenn das Potenzial für bürgerschaftliches Engagement von Migranten ausgeschöpft werden soll, muss sich etwas an diesen Rahmenbedingungen ändern.** Warum etwa gibt es noch keinen islamischen Wohlfahrtsverband, der in allen Gremien, in denen über die finanzielle Förderung von sozialen und Engagement-Projekten entschieden wird, ebenso Sitz und Stimme hat wie der jüdische, der katholische und der evangelische Wohlfahrtsverband? Dies wäre ein gewaltiger Schritt für die Integration und nicht für eine Parallelgesellschaft.

„Bürgerschaftliches Engagement ist dabei ein Weg hinein in die deutsche Gesellschaft. Es ist so etwas wie der Schlüssel zur Tür der Gesellschaft und kann dabei helfen, aus einer Position der gesellschaftlichen Marginalisierung und Randlage mitten unter die Menschen zu kommen.“<sup>46</sup> Wenn also Integration und Einbürgerung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein notwendiger Bestandteil der demografischen Entwicklung in Deutschland sind, ist die Ermöglichung ihrer politischen Partizipation Voraussetzung für den Integrationserfolg, aber auch notwendig für den Erhalt eines demokratischen,

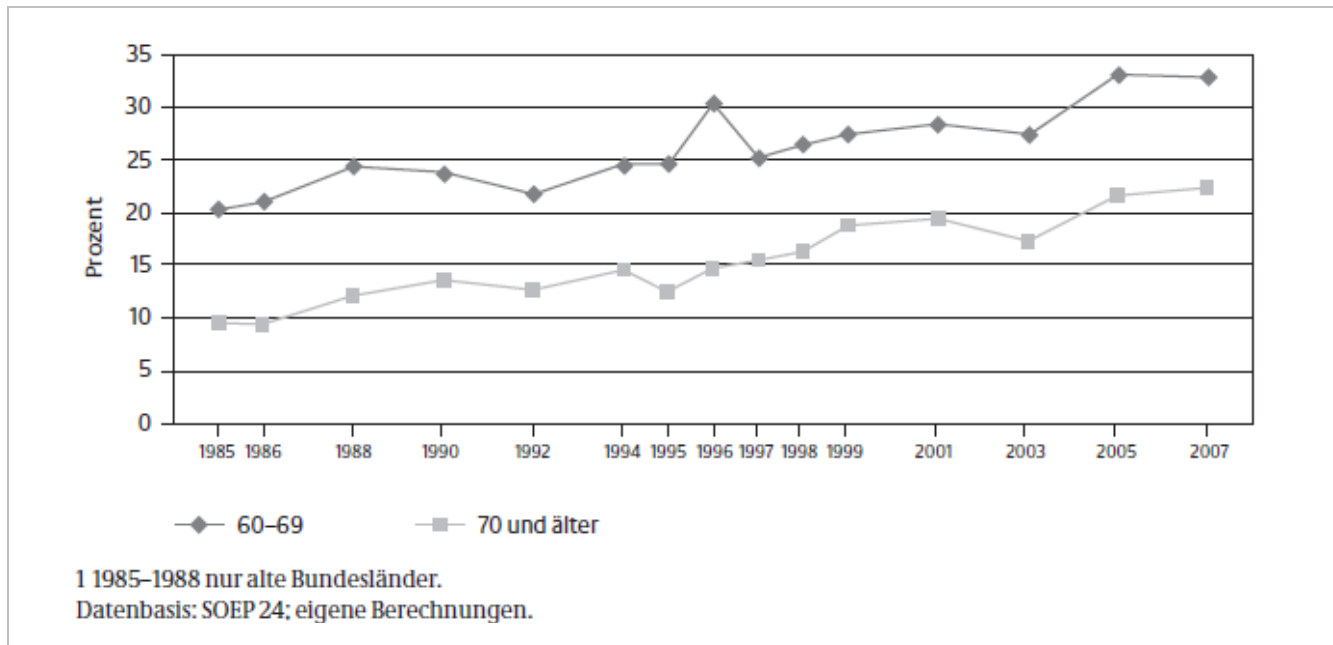
Partizipation und Mitwirkung ermöglichenden Staats.<sup>47</sup>

## 2.4 Engagement als Antwort auf die Sinnfrage im dritten Lebensalter

„Immer mehr Bürger leiden an zuviel sinnfreier Zeit.“<sup>48</sup> Diese Feststellung von Klaus Dörner kennzeichnet eine Situation, in der das Herausfallen aus der Arbeitsgesellschaft gleichzeitig einen massiven Verlust an Teilhabechancen bietet, und zwar sowohl für jüngere wie auch für ältere Menschen. Dass der Ruhestand nicht genossen, sondern erlitten wird, hängt mit seiner Dauer zusammen:

In den 1950-er und 1960-er Jahren umfasste die nachberufliche Lebensphase von Männern bei einem Rentenalter von 65 und einer Lebenserwartung von durchschnittlich 67 Jahren nur eine sehr kurze Zeitspanne, und der Aufgabenbereich der Frau in Haus und Familie blieb im Prinzip lebenslang konstant. Die Sinnfrage für das dritte Lebensalter stellte sich deshalb nicht, und schon gar nicht wurde der Anspruch an die damalige Altenhilfepolitik gestellt, sie zu beantworten. Als Leitbild und Modell eines hinreichend sinnerfüllten Alters diente der „aktive Senior“, der in Wahrheit eine Seniorin war und im Zentrum der „offenen Altenhilfe“ stand. Seine bzw. ihre Aktivität bestand vorwiegend aus Geselligkeit – Seniorenkaffee, im günstigsten Falle Tanztee – und im Konsum von Freizeitangeboten, Produktivität zeigte sich vor allem im Basteln. Inzwischen hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden, weg von Betreuung und Beschäftigung, hin zu Selbsthilfe, Empowerment, aktiver bürgerschaftlicher Mitwirkung und Interessenvertretung. Er spiegelt sich deutlich in den steigenden Engagementquoten Älterer.

**Abbildung 9: Entwicklung der Engagementquote in den Altersgruppen 60 Jahre und älter in Deutschland, 1985–2007<sup>1</sup> (in %)**



Quelle: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 41.

Welche Lebensentwürfe haben Menschen im dritten Lebensalter? In einer Studie der Bertelsmann Stiftung zu Glücksfaktoren erstaunt, dass neben Gesundheit, Familie und der Freude an den kleinen Dingen auch mit 42% der Faktor „Sich an Erfolg und Leistung erfreuen zu können“, benannt wurde. Dies erscheint nur 36% der Vollzeit-Erwerbstätigen besonders wichtig, aber 51% der Rentner und Pensionäre.<sup>49</sup> Die „50+“ Studie der Universität Osnabrück von 2008 versucht eine Gesamtschau der Lebensentwürfe Älterer auf repräsentativer Grundlage.<sup>50</sup> Bis zum 70. Lebensjahr hat diese Generation nicht das Gefühl, alt zu sein, beachtliche 46% treiben Sport. Die so genannte „beschwerdefreie Lebenszeit“ lag 2002 für Frauen bereits bei durchschnittlich 74, bei Männern 70 Jahren, und hat sich seither vermutlich weiter verlängert. Psychisches Wohlbefinden, Selbstbewusstsein und materielle Absicherung (keine Altersgruppe in der Bundesrepublik hat ein höheres Einkommen

und Vermögen als die 50–70-Jährigen) ermöglichen ein Gefühl der Sicherheit. Diese Senioren sind, so die Osnabrücker Studie, mehrheitlich politisch bewusste und interessierte Citizens, geprägt von reformorientierten, linksliberalen und ökologischen Vorstellungen. Gleichwohl sind nur bescheidene 22% in dieser repräsentativen Osnabrücker Befragung ehrenamtlich aktiv.

Die meisten Studien kommen eher auf höhere Werte, steigende Tendenzen und ein noch nicht ausgeschöpftes Engagementpotential der Älteren.<sup>51</sup> Spannend ist, dass ehrenamtliche Betätigung nicht in jedem Fall schon in der Jugend und im Erwachsenenalter eingeübt worden sein muss. Erstaunliche 17% der 55–69-Jährigen und sogar fast 40% der über 70-jährigen Engagierten in NRW haben ihr freiwilliges Engagement erst nach dem 50. Geburtstag begonnen.<sup>52</sup>

Sinn entsteht nicht, indem das Engagement der Erwerbsarbeit immer mehr angenähert wird –

durch Ausbildung, Bezahlung, Versicherung, Verbindlichkeit –, sondern aus der freiwilligen Selbstverpflichtung mit geeigneten Rahmenbedingungen. Bestehende Regelungen zu Vorruhestand und Altersteilzeit haben leider zum allergrößten Teil lediglich den vorzeitigen Abschied älterer Erwerbstätiger vom Arbeitsmarkt befördert, und gerade nicht das allmähliche Herausgleiten aus der Arbeit hin zu anderen Schwerpunktsetzungen. Im Kern ging es zumeist um Personalabbau und gerade nicht um die Nutzung der Potentiale Älterer. Das werden wir uns zukünftig nicht mehr leisten können. Vielmehr brauchen wir Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung, die gerade die Weitergabe von angesammeltem Expertenwissen ermöglicht und längeres Arbeiten auf freiwilliger Basis belohnt. Z.B. müssten Ruhestandsbeamte das Recht auf freiwillige Teilzeitarbeit unabhängig von Altersgrenzen besitzen; ältere und jüngere Lehrer und Lehrerinnen könnten Tandems bilden, um Stress und vorzeitigen seelischen Verschleiß zu verhindern. Mit Kocka kann die Schlussfolgerung lauten: „Überhaupt ist wichtig, die Übergänge zu erleichtern. Man sollte es – auch gegen etablierte Interessen – erleichtern, im Ruhestand Nebenverdienste zu haben und auch Ehrenamtlichkeit mit kleinen Zusatzverdiensten verbinden. Neue Arten von Selbständigkeit müssten leichter entstehen können. Erwerbsarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement treten häufig in ein und derselben Person auf, man sollte die qualitative Differenz zwischen beiden durch Tarife, Verordnungen und Verbote nicht allzu strikt ziehen.“<sup>53</sup>

In einer Regionalstudie für Sachsen-Anhalt hat Peter-Georg Albrecht die **Konturen eines neuen, von traditionellen Formen der Ehrenamtlichkeit schon weitgehend gelösten nachberuflichen Engagements Älterer** skizziert: Soziokulturelles Engagement ist anziehender als soziales oder politisches Engagement, Eigentätigkeit und Beziehungspflege ist wichtiger als Verpflichtung

und Altruismus, Selbstbestimmung und Selbstorganisation spielen eine große Rolle.<sup>54</sup> Eine solche neue Kultur der Freiwilligkeit entsteht aber nicht allein oder durch das Verteilen von Ehrennadeln; sie braucht auch konkrete Rahmenbedingungen. Dazu gehört Versicherungsschutz für Freiwillige, aber auch ein System der Aufwandsentschädigungen, z.B. in Analogie zu den Übungsleiterpauschalen im Sport. Wichtig ist auch die Abschaffung z.T. noch vorhandener, diskriminierender Altersgrenzen (nach oben) für politische Ehrenämter. **Von den herkömmlichen Handlungsfeldern des Ehrenamts – soziale Dienste, Sport, Rettungswesen, Feuerwehr, Kultur und kommunale Ämter – kann der Blick auch auf neue Aufgaben gehen: Arbeit und Wirtschaft, Schule und Stadtentwicklung, Patentprogramme, internationale Aktivitäten, Gesundheit und Selbsthilfe.**

Hierbei müssen die Bedürfnisse älterer Ehrenamtler berücksichtigt werden: einerseits altruistische Beweggründe, Engagement für die Gesellschaft, Lebenssinn und Selbstverwirklichung, aber auch das legitime Bedürfnis nach sozialem Status und gesellschaftlicher Anerkennung, nach attraktiven Rollen (auch im Ruhestand eine Visitenkarte haben) und zum Teil auch nach Zuverdienstmöglichkeiten. Die neuen Senioren sind oft sehr gut qualifiziert, online und vernetzt und offen für Neues. Hier bieten sich große Aufgabenfelder, die z.B. vom Bundesmodellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ aufgegriffen werden.

Die Demografiefestigkeit unserer Gesellschaft wird sich weniger daran zeigen, ob es uns gelingt, genügend Fahrstühle und Rollstuhlrampen zu installieren, sondern daran, ob wir Institutionen der Sinnstiftung für Ältere schaffen, die zugänglich sind für Senioren mit mehr und weniger Qualifikation, mehr und weniger gesundheitlicher Spannkraft, mehr und weniger



Deutschkenntnissen. Barrierefreie Engagementformen für Ältere zu schaffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben für eine Gesellschaft im demografischen Wandel.

## Zur Autorin

**Prof. Dr. Christiane Dienel**, geb. 1965, ist in der wissenschaftlichen Leitung des nexus Instituts für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung tätig. Von 2006–2009 war sie Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, davor Professorin für Europäische Politik und Gesellschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH). Kontakt: [christiane.dienel@nexusinstitut.de](mailto:christiane.dienel@nexusinstitut.de)

## Anmerkungen

- 1 Zusammenfassende Darstellung nach neuestem Stand: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.): Engagementpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe (=Bürgergesellschaft und Demokratie Bd. 32) VS Verlag. 2010.
- 2 Für die Zwecke dieses Aufsatzes ist es nicht sinnvoll, durchgängig zwischen bürgerschaftlichem Engagement, Ehrenamt und Zivilgesellschaft zu differenzieren; vielmehr sollen traditionelle und nichttraditionelle, politisch und sozial ausgerichtete, organisierte und nicht organisierte Formen der außerberuflichen Aktivität gleichermaßen in den Blick genommen werden. Die empirischen Untersuchungen, etwa die Freiwilligensurveys, folgen keiner einheitlichen Begrifflichkeit, und ihre Engagementquoten weiten die Definitionen eher aus. Historische Gründe, nicht zuletzt die Entstehungsgeschichte des sozialen Ehrenamts im Elberfelder System, sprechen m.E. dafür, auch die deutsche Begrifflichkeit des bürgerlichen Ehrenamts weiter zu nutzen und nicht im globalisierten „Zivilengagement“ verschwinden zu lassen. Vgl. Sachße, Christoph: Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 9. 2002. S. 3–5.
- 3 Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgergesellschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgerge-

## Bürgerengagement und demografischer Wandel

- sellschaft. Deutscher Bundestag Drucksache 14/8900. 14. Wahlperiode 03. 06. 2002. S. 60.
- 4 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Projektgruppe Zivilengagement Mareike Alscher. Dietmar Dathe. Eckhard Priller (Projektleitung). Rudolf Speth. Berlin, Juni 2009.
  - 5 Künemund, Harald und Jürgen Schupp: Konjunkturen des Ehrenamts – Diskurse und Empirie. Soep papers on multidisciplinary panel data research. DIW Berlin May 2007.
  - 6 Mai, Ralf und Frank Swiaczny: Demographische Entwicklung. Potenziale für Bürgerschaftliches Engagement. Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung Heft 126. Wiesbaden 2008. Eigene Darstellung nach S. 40f.
  - 7 Fatke, Reinhard u.a.: Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2006. S. 24–32.
  - 8 Fatke 2008, S. 30.
  - 9 Shell Deutschland (Hg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag 2006. S. 121–126.
  - 10 Shell Deutschland (2006), S. 180.
  - 11 Gensicke, Thomas, Sibylle Picot und Sabine Geiss: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München 2005.
  - 12 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 40.
  - 13 Bericht der Enquete-Kommission 2002, S. 100f.
  - 14 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 50.
  - 15 Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 29. Juli 2009 in Berlin. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2009. Abbildung: Schaubild 4, S. 18.
  - 16 Baltes, Margret und Leo Montada (Hg.): Produktives Leben im Alter. Frankfurt/New York: Campus 1996.
  - 17 Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Deutscher Bundestag Drucksache 14/8800. 14. Wahlperiode 28. 03. 2002. S. 50.
  - 18 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 29.
  - 19 Francke, Robert/Hart, Dieter (2001): Bürgerbeteiligung im Gesundheitswesen. Baden-Baden.

- 20 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 128.
- 21 Evers, Adalbert: Zwischen Versorgung und Aktivierung. Das Pflegegesetz ermöglicht eine Kultur der Pflege – seine Umsetzung droht sie zu verbauen. In: Schmidt, Roland/Thiele, Albert (Hrsg.): Konturen der neuen Pflege Landschaft: Positionen, Widersprüche, Konsequenzen. Regensburg 1998, S. 7–22.
- 22 Schneekloth, Ulrich/Wahl, Hans-Werner (Hg.): Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung in stationären Einrichtungen (MuG IV). Integrierter Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München. 2007.
- 23 Klie, Thomas: Altenhilfe und Bürgerschaftliches Engagement. In: Für(s) Alte(r) planen – Beiträge zur kommunalen Altenplanung. Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung, Freiburg 2002. S. 416–448.
- 24 Dörner, Klaus: Leben und Sterben: die neue Bürgerhilfebewegung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2008. S. 22.
- 25 Naegele, Gerhard und Christiane Rohleder: Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit im Alter. in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 52. 2001. S. 415–421, hier S. 416.
- 26 Chancen für junge Menschen und Familien in Sachsen-Anhalt. Studie im Auftrag der Landesregierung. Magdeburg 2002–2004. Ergebnisse veröffentlicht in: Christiane Dienel (Hrsg.): Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland – interdisziplinäre und vergleichende Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag 2005.
- 27 Bertram, Barbara: Unterschiedliche Lebenswege und Chancen für die Geschlechtergruppen. In: Bertram, B. u.a. Gelungener Start – unsichere Zukunft? Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Ergebnisse der Leipziger Längsschnitt-Studie 2. München 1994.
- 28 Deutsches Jugendinstitut (DJI)/Institut für angewandte Familien, Kindheits- und Jugendforschung (IFK): Lebenslagen und -perspektiven junger Menschen in ländlichen Regionen des Landes Brandenburg. Forschungsbericht, DJI-Arbeitspapier 1–145. München – Leipzig – Vehlafanz 1998.
- 29 Meier-Dallach, Hans Peter (hrsg., zusammen mit C. Schröder, H.L. Dienel): Die neue Nähe. Raumpartnerschaften verbinden Kontrasträume, Steiner Verlag, Stuttgart 2003.
- 30 Böhnisch, Lothar und Heide Funk: Jugend im Abseits? Zur Lebenslage Jugendlicher im ländlichen Raum. Weinheim 1989.
- 31 Straubhaar, Thomas: Internationale Migration. Gehen oder Bleiben: Wieso gehen wenige und bleiben die meisten? Überarbeiteter Vortrag gehalten aus Anlass des 30. Wirtschaftswissenschaftlichen Seminars Otto beuren am 11.9.2000. HWWA Discussion Paper 111. Hamburg 2000.
- 32 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 37.
- 33 Wege zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt – Ländliche Lebensmodelle für junge Menschen und Familien. Studie im Auftrag der Landesregierung Sachsen-Anhalt. 2005–2007. Wettbewerb „Ideen säen – Zukunft ernten“ Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2009–2010. Ideenwettbewerb „Visionen für Regionen“ 2008 im Auftrag der Stiftung Demokratische Jugend 2008–2009. Alle Studien durchgeführt durch das nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung. ([www.nexusinstitut.de](http://www.nexusinstitut.de))
- 34 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland 2009, S. 17.
- 35 Diehl, Claudia und Julia Urbahn: Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1998. Hier S. 14–16.
- 36 Halm, Dirk und Martina Sauer: Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 11/2004, S 416–424.
- 37 Akgün, Lale: Integration und sozialer Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (betrifft: Bürgergesellschaft 29) S. 5.
- 38 Scholle, Thilo: Objekte politischer Fürsorge oder gleichberechtigte Akteure? – Zur politischen Partizipation junger Menschen mit Migrationshintergrund. WISO direkt April 2010.
- 39 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge/ ISIS Sozialforschung: Recherche zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn 2002. S. 31f.
- 40 Diehl/Urbahn (1998), S. 16.
- 41 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 42.
- 42 Gensicke, Thomas, Sibylle Picot und Sabine Geiss: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München 2005. S. 364–368.
- 43 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements 2009, S. 81.
- 44 Sebastian Beck: Migrantinnen-Milieus und lokales Engagement. Status quo und Potenziale. In: vhw FW 6/Dezember 2008 S. 300f.

- 45 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2008. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2010.
- 46 Akgün (o.J.), S. 1.
- 47 Schulte, Axel: Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft als Herausforderung der Demokratie. In: iza-Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit (2) 2000, S.16-31.
- 48 Dörner (2008), S. 22.
- 49 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Glück, Freude, Wohlbefinden – welche Rolle spielt das Lernen? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter Erwachsenen in Deutschland, Gütersloh 2008.
- 50 Otten, Dieter und Nina Melsheimer: Lebensentwürfe „50plus“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 41/2009. S. 31-36.
- 51 Gensicke, Thomas, Sibylle Picot und Sabine Geiss: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München 2005. S. 313.
- 52 Naegele/Rohleder (2001), S. 418.
- 53 Kocka, Jürgen (2008): Chancen und Herausforderungen einer alternden Gesellschaft. In: Ursula M. Staudinger/ Heinz Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)? Neue Antworten auf eine scheinbar einfache Frage. Heidelberg: Springer S. 217–235, hier S. 230.
- 54 Albrecht, Peter Georg (2001): Sozialarbeit und Bürgerengagement in der nachberuflichen Lebensphase in Sachsen-Anhalt. Berlin: Dr. Köster Verlag 2001.

---

## **Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Förderung der Bürgergesellschaft bleibt ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ ist in diesem Diskurs seit dem Jahr 2001 ein Forum, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und die Staatsmodernisierung in Kategorien des aktivierenden Staates andererseits zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz: Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen gewinnen können, ihre fachlichen und persönlichen Erfahrungen dem Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen. Neben diesen ständigen Teilnehmern werden zu den jeweiligen Themen Einladungen an einen themenspezifisch kompetenten Adressatenkreis ausgesprochen.

In regelmäßigen Sitzungen diskutiert der Arbeitskreis Themen, die der praktischen Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements und der Entwicklung der Bürgergesellschaft förderlich sind. Sie werden zudem auf Fachkonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen oder über Analysen und Gutachten aufgegriffen und vom Arbeitskreis kritisch begleitet. Zugleich dient dieser Gesprächszusammenhang dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Vernetzung seiner Mitglieder und ihrer Praxisfelder.

Der Arbeitskreis wird geleitet von einer Steuerungsgruppe (Dr. Michael Bürsch, Dr. Ansgar Klein, Dr. Susanne Lang, Dr. Serge Embacher, Albrecht Koschützke) und ist organisatorisch in der Arbeitseinheit Kommunikation & Grundsatzfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung angesiedelt.

Ausführliche Informationen, Kontaktpersonen, Ergebnisse der Plenardebatten sind auf den Internetseiten des Arbeitskreises dokumentiert: <http://www.fes.de/buergergesellschaft/>

Die Publikationen sind abzurufen unter [www.fes.de/buergergesellschaft](http://www.fes.de/buergergesellschaft) „Analysen – Analysen des Arbeitskreises“ oder [http://www.fes.de/library/ask\\_digbib.html](http://www.fes.de/library/ask_digbib.html).

---

## Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft“

- 34/ Bürgergesellschaft und demographischer Wandel, Christiane Dienel
- 33/ Die Bürgergesellschaft als Kern nachhaltiger Entwicklung, Michael von Hauff
- 32/ Entbürokratisierung für die Bürgergesellschaft, Ortlieb Fliedner
- 31/ Wie kommt die Bürgergesellschaft in den Sozialraum? Engagementförderung in benachteiligten Stadtteilen, Oliver Fehren
- 30/ Bürgerhaushalt: Information, Partizipation, Rechenschaftslegung, Martin Rüttgers
- 29/ Integration und sozialer Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft, Lale Akgün
- 28/ Die Bürgergesellschaft – ein blinder Fleck der Betriebswirtschaftslehre?, Berit Sandberg
- 27/ Familien und bürgerschaftliches Engagement, Gisela Notz
- 26/ Genderbudgeting in der Bürgergesellschaft, Christine Färber
- 25/ Baustelle Gemeinnützigkeit. Zur aktuellen Diskussion über Änderungen der gesetzlichen Regelungen im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht, Michael Ernst-Pörksen
- 24/ Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen, Rudolf Speth
- 23/ Zukunft gestalten – Strukturwandel in der Arbeiterwohlfahrt. Verbandsentwicklung und bürgerschaftliches Engagement, Wilhelm Schmidt
- 22/ Die Planungszelle. Zur Praxis der Bürgerbeteiligung, Peter C. Dienel. Spanische Version: **Los núcleos de intervención participativa, Sobre la puesta en práctica de la participación ciudadana**, [http://www.nuso.org/upload/fes\\_pub/dienel.pdf](http://www.nuso.org/upload/fes_pub/dienel.pdf)
- 21/ Das soziale Engagement der Unternehmen im Handwerk, Otto Kentzler
- 20/ Bürgerschaftliches Engagement und die Zukunft der Wohlfahrtsverbände, Rudolf Seiters
- 19/ Die soziale Bedingtheit bürgerschaftlicher Teilhabe, Barbara Stolterfoht
- 18/ Corporate Social Responsibility. Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen, Dieter Hundt
- 17/ Das Dilemma von Tugend und Freiheit. Die Notwendigkeit von Eigenverantwortung in einer funktionierenden Bürgergesellschaft, Herfried Münkler und Anna Loll
- 16/ Auf dem Weg zur Bürgerkommune. Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg, Beate Weber
- 15/ Sport: Schlüsselbereich bürgerschaftlichen Engagements, Manfred von Richthofen, Michael Barthel und Manfred Spangenberg
- 14/ Geschäftsstrategie Verantwortung – Der Business Case im Corporate Citizenship, Susanne Lang und Frank Solms Nebelung. Englische Version: **Responsibility as a Business Strategy – the Business Case in Corporate Citizenship**. Spanische Version: **La responsabilidad social como estrategia de negocios**, [http://www.nuso.org/upload/fes\\_pub/lang.pdf](http://www.nuso.org/upload/fes_pub/lang.pdf)
- 13/ Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie?, Wolfgang Hinte
- 12/ Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen. Thesen zu Corporate Citizenship in Deutschland, Frank Heuberger, Maria Oppen, Sabine Reimer
- 11/ (K)ein Pflichtjahr für junge Menschen? Zur Konjunktur eines Irrtums, Anton Schaaf, MdB, und Andrea Franz
- 10/ Gemeinwohlorientierung als Bürgerpflicht – Das Engagement der Sparkassen für die Menschen und die Regionen, Dietrich H. Hoppenstedt
- 09/ Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft, Michael Sommer
- 08/ Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik, Jochen Welt, MdB
- 07/ Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je, Michael Rogowski
- 06/ Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements, Konrad Hummel
- 05/ Bürgerschaftliches Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft, Wolfgang Thierse, MdB

- 
- 04/ **Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland**, Alexander Thumfart
- 03/ **Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung**, Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- 02/ **Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – Chancen und Handlungsmöglichkeiten**, Achim Trube
- 01/ **Leitbild Lebendige Bürgergesellschaft – Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft**, Michael Bürsch, MdB. Englische Version: **Towards a New Social Contract – Civil Society, Civic Engagement and Participation**. Spanische Version: **La visión estratégica de la sociedad de ciudadanos**, [http://www.nuso.org/upload/fes\\_pub/bursch.pdf](http://www.nuso.org/upload/fes_pub/bursch.pdf)